

bulletin sek·feps

1 | 2005

Eine Publikation des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes

- 3** Fokus-Thema **Open Forum Davos 2005**
- 14** ITE **Gleichgeschlechtliche Partnerschaften**
- 30** Interview **Wangari Maathai, Friedensnobelpreisträgerin**



INHALTSVERZEICHNIS

THEOLOGIE UND ETHIK

Fokus-Thema Open Forum 2005:	
– Der CEO der Christen ist Schuhputzer	3
– Hoffnungsvolle Töne, denn die Saat kann aufgehen	6
– Eine Zwischenbilanz nach drei Jahren Pionierphase	8
– Wirtschaften ist ethisch, wenn...	11
– Zitate vom Open Forum und Bilanz von Thomas Wipf	12
Vor der Abstimmung übers Partnerschaftsgesetz: Wie weit reicht «grenzenlose Liebe»?	14
Eine lesbische PfarrerIn geht ihren Weg	18

NEWS AKTUELL

Stellungnahme zur CO ₂ -Abgabe	19
Personelles	19
Korrektur zur letzten Ausgabe	19

THEOLOGIE UND ETHIK

Das Institut für Theologie und Ethik ITE stellt sich vor	20
--	----

AUSSENBEZIEHUNGEN

Vorbereitungstagung zur Weltmissionskonferenz des ÖRK	22
Nach der Unterzeichnung der Charta Oecumenica	23

INNENBEZIEHUNGEN

Europäische Diakonie macht von sich reden	24
Rückblick auf die nationale Trauerfeier	26

RATS-INFO

Standpunkt von Silvia Pfeiffer	28
Aus dem Rat	28

PORTRÄT

Interview mit Wangari Maathai, Friedensnobelpreisträgerin	30
---	----



Gegnern begegnen

Er engagierte sich bei Greenpeace und WWF. Er setzte sich gegen den Ausbau der Atomenergie ein. Dann studierte er Physik mit Schwerpunkt Atomphysik, «um in der Tiefe zu erkennen, wo die Gefahren sind». Eines Abends sagte er mir überraschend: «Weisst du, Papa, bei den Kollegen sind die Fronten klar. Die einen sind dafür, die andern dagegen. Es ist nicht einfach, das Risiko einzugehen, seine vorgefasste Meinung vielleicht ändern zu müssen.»

Wer das Open Forum in Davos, von dem der Fokus dieses Heftes berichtet, besuchte, ging ein Risiko ein. Das Risiko, verändert zu werden. Offenheit braucht Zivilcourage. Mutig war jener junge Forumteilnehmer, der sich öffentlich für sein anklagendes Protestflugblatt entschuldigte, weil er jetzt etwas anderes erlebt habe als erwartet.

Jesus hat immer wieder überraschend Grenzen zu Gegnern überschritten. Wie zum Ausbeuter Zachäus. Nicht als Selbstzweck, aber im Dienst der Wahrheit und der Versöhnung. Sogar er ging das Risiko ein, sich verändern zu lassen. Wie durch die syrophönizische Frau. Open Forum heisst: Um der Wahrheit willen Gegnern begegnen.

Christoph Stückelberger,
Leiter Institut für Theologie und Ethik ITE des SEK

IMPRESSUM

bulletin sek·feps Offizielles Informationsorgan des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes, Postfach, CH-3000 Bern 23, Telefon 031 370 25 01, Fax 031 370 25 09, bulletin@sek-feps.ch, www.sek-feps.ch **Erscheinungsweise** 4-mal jährlich **Auflage** 7000 deutsch, 1500 französisch **Redaktion** Sandra Baumeler (bas), Simon Weber (SW) **Konzept/Gestaltung** Reformierte Medien **Übersetzungen** Laurent Auberson, Elisabeth Mainberger-Ruh, Christine Sutter **Druck** Stämpfli AG **Autoren dieser Ausgabe** Sandra Baumeler, Hella Hoppe, Frank Mathwig, Theo Schaad, Cornelia Schnabel, Martina Schmidt, Georg Schubert, Christoph Stückelberger, Silvia Pfeiffer

Titelbild

Am Open Forum Davos 2005 wurde wiederum intensiv diskutiert. Foto: refbild/Pfander

Open Forum: Wirtschaft soll Menschen dienen

Der CEO der Christen ist Schuhputzer

«Wann ist wirtschaftliches Handeln ethisch?» So fragte der SEK als Mitträger des Open Forum 2005. Kirchen sollen die wesentlichen Fragen stellen, aber auch Antworten wagen. Das Evangelium gibt einfache Antworten – und provokative. Elemente einer Antwort aus Sicht des Wirtschaftsethikers des SEK-Instituts für Theologie und Ethik.

Christoph Stückelberger

Chemieabfälle wild deponieren, Tropenwald illegal abholzen, Mitarbeiterinnen am Arbeitsplatz sexuell belästigen, Kinder zu Zwangsarbeit einsperren, mit militärischer Besetzung fremde Bodenschätze sich zu Eigentum einverleiben, Hungerlöhne zahlen, von denen die Lohnempfänger nicht einmal sich selbst ernähren können. In solchen Fällen ist man sich schnell einig: Das ist unethisches Wirtschaften.

Einen Energieminister bestechen, um den Grossauftrag zu erhalten und damit Arbeitsplätze der Firma zu sichern; Schwarzarbeit dulden, um konkurrenzfähig zu bleiben und weil es doch die meisten der Branche auch tun; 13-jährige Kinder einstellen, statt sie auf der Strasse herumlungern zu lassen; Forschung mit Stammzellen betreiben, um Krankheiten zu überwinden: Bei solchen Fragen ist man sich schon nicht mehr so sicher, wo die Grenze zwischen ethisch und unethisch verläuft.

Gibt es denn noch wirtschaftsethische Massstäbe oder ist in der heutigen pluralistischen und multikulturellen Welt alles beliebig und jedes Verhalten begründbar? Es gibt Orientierungshilfen, es gibt intuitive, rationale, philosophisch und theologisch begründbare Werte. Dazu können wir von ein paar einfachen Grundfragen ausgehen, die allgemein menschlich nachvollziehbar beantwortet werden können.

Grundfragen mit Grundwerten beantworten

Was ist die Aufgabe der Wirtschaft? Produktion, Handel, Distribution, Konsumation und Entsorgung von Gütern und Dienstleistungen. Für wen soll die Wirtschaft produzieren?

Für alle, die diese Güter und Dienstleistungen nötig haben. Was soll denn produziert werden? Das, was die Mühsal des Lebens erleichtert und ein einigermaßen anständiges Leben in Würde für alle ermöglicht. Wie soll denn Wirtschaften geschehen? So nachhaltig, dass die Lebensgrundlagen für künftiges Leben und Wirtschaften erhalten bleiben. Wo und durch wen soll produziert, gehandelt, konsumiert und entsorgt werden? Dort, wo der Standort aufgabenbezogen am günstigsten ist, wer die menschlichen Ressourcen am qualifiziertesten einbringen kann, die natürlichen Ressourcen am umweltschonendsten und damit effizientesten einsetzt und wo möglichst viele von Produktion, Handel, Distribution, Konsumation profitieren und möglichst wenige unter der (Abfall-)Entsorgung leiden.

Einverstanden: Hinter diesen Antworten stehen bestimmte Grundwerte. Wirtschaften ist dann ethisch, wenn es bedarfsorientiert, gemeinwohlorientiert, ausgleichsorientiert, umweltorientiert, genderorientiert sowie kultur- und religionsorientiert ist. Bedarfsorientierung bedeutet, dass die Deckung des Grundbedarfs aller Menschen für ein Leben in Würde Vorrang hat vor der Befriedigung von Luxusbedürfnissen. Gemeinwohlorientierung des Wirtschaftens bedeutet, dass neben den legitimen Eigeninteressen der Kapitalgeber (Shareholder) auch die Interessen der übrigen Anspruchsgruppen (Stakeholder) berücksichtigt werden müssen. Ausgleichsorientierung zielt auf soziale Gerechtigkeit im Dienste von gesellschaftlichem Frieden und Zusammenhalt. Sie bedeutet, dass die Wettbewerbsfreiheit des Marktes mit der ausgleichenden Gerechtigkeit der Politik ausbalanciert werden muss. Umweltorientierung heisst, die



langfristigen Nachhaltigkeitsinteressen den kurzfristigen Überlebensinteressen Einzelner überzuordnen. Genderorientierung heisst, die eine faire Verteilung der Chancen und Lasten zwischen den Geschlechtern anzustreben. Kultur- und Religionsorientierung umfasst die Respektierung kultureller Vielfalt und religiöser Werte, die für soziale Stabilität wie für langfristigen wirtschaftlichen Erfolg nötig sind.

Menschenrechte als Orientierungspunkt

«Wirtschaft soll Menschen dienen» steht auf einem Plakat, das im Hinblick auf das World Economic Forum im Januar 2005 von der reformierten Landeskirche des Kantons Graubünden lanciert und auch in den Kantonen Bern und Zürich grossformatig an Kirchen ausgehängt wurde. Die scheinbar banale Aussage (wem soll Wirtschaft denn dienen, wenn nicht Menschen?) wird durch die Verbindung mit einem mittelalterlichen Bündner Kirchenfresko, das die Fusswaschung des Petrus durch Jesus darstellt, brisant. Der «Meister», der «Herr», in der Wirtschaftswelt heute Chief Executive Officer CEO genannt, ist der Diener. Der CEO der Christen ist Fusswascher, Schuhputzer, Tellerwäscher! Nicht als Ausgangspunkt als Tellerwäscher, um sich dann aus eigener Kraft emporzuarbeiten und schliesslich reich andere zu beherrschen. Nein, Dienst als Dauerberufung. Nicht als Sklavenmoral, sondern als Akt der Befreiung aus dem Teufelskreis von Herrschaft und Unterdrückung. Ob Wirtschaft ethisch ist, misst sich daran, ob sie allen Menschen der Gesellschaft, besonders den Schwächeren, dient oder nur Instrument zur Machtausübung durch wenige ist. Wirtschaften wird damit nicht zur karitativen Tätigkeit. Sie

kann profitorientiert bleiben, aber auch ethisch verantwortbarer Gewinn ist an den Grundwerten zu messen.

Diese Grundwerte konkretisieren sich in den Menschenrechten, in den politisch-individuellen von 1948 wie insbesondere in den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten von 1966. Das Recht auf Nahrung, auf Eigentum, auf Bildung, auf Arbeit und auf Versammlungsfreiheit gehören zusammen. Die provokative Frage des ersten Podiums am Open Forum lautete «Macht sich die Beachtung der Menschenrechte bezahlt?» So fragen sich viele CEO's, ob sie sich die Menschenrechtsorientierung im heutigen brutalen Konkurrenzkampf leisten können. Ethisch ist die Antwort klar: Menschenrechte sind nicht verhandelbar. Sie sind andern Interessen übergeordnet. Wirtschaften ist nur dann ethisch glaubwürdig, wenn sie respektiert werden. Das haben die Teilnehmenden am diesjährigen Open Forum auch anerkannt und eingefordert.

Jede und jeder ein Careholder

Die Kreisläufe der Wirtschaft sind hochkomplex und unübersichtlich, die Analysen und Rezepte tausendfach. Wir müssen aber, bei allen Bemühungen um Differenziertheit, wieder lernen, die einfachen Fragen hartnäckig zu stellen und mit gesundem Menschenverstand und Mitfühlen zu beantworten. Es kann doch nicht sein, dass der immer grösser werdende Graben zwischen arm und reich auch in Europa gerechtfertigt wird mit dem Argument, «am Schluss wird diese Entwicklung allen dienen». Es kann doch nicht sein, dass die Wirtschaft mit ihren technologischen und logistischen Spitzenleistungen, die Politik mit ihren nie da gewesenen internationalen Vernetzungsmöglichkeiten, die Medien und Religionsgemeinschaften mit ihrem mobilisierenden und motivierenden Potential es nicht gemeinsam schaffen, die weltweit heute genügend vorhandenen Nahrungsmittel so zu verteilen und kaufbar zu machen, dass die 800 Millionen dauerhaft Hungernden nicht ihren Hunger überwinden können? Es kann doch nicht sein, dass eine Arbeitslosigkeit von europaweit durchschnittlich 8 bis 10 Prozent eben als Nebeneffekt der Globalisierung hinzunehmen ist und dagegen der Vorzug der Liberalisierung aufzurechnen sei?

Je grösser jedoch die Macht, desto grösser die Verantwortung. Deshalb ist es richtig, besonders hohe ethische Erwartungen an die «Mächtigen», die Entscheidungsträger/innen in Wirtschaft, Politik, Medien, Nichtregierungsorganisationen und auch Kirchen zu stellen. Jedoch alle Menschen sind Wirtschaftssubjekte und tragen je an ihrem Ort ein Stück Verantwortung und Sorge für ethisch verantwortliches Wirtschaften. Wir alle sollten Careholder sein.

Aufmerksamkeit gewiss:
die Plakataktion der Bündner Kirchen.

Hoffnungsvolle Töne, denn die Saat kann aufgehen

Die letzte Diskussionsrunde am Open Forum Davos war hochkarätig besetzt. Wenn auch die Frage «Wann dient die Wirtschaft den Menschen?» nicht konkret beantwortet werden konnte, so waren doch Worte zu vernehmen, die hoffen lassen. Eindrücklich illustrierte die kenianische Friedensnobelpreisträgerin Wangari Maathai, wie die Saat aufgehen kann.

Sandra Baumeler

Sie setzt auf die Initiative und das Engagement eines jeden Individuums, um quasi von «unten», von der Basis, die Welt – mindestens im eigenen engeren Umkreis – zu verbessern: Wangari Maathai, Friedensnobelpreisträgerin 2004, Ministerin und Umweltaktivistin. Sie konnte Landfrauen dazu ermutigen, Bäume zu pflanzen, und es gelang gar, die Holzindustrie einzubinden. Ein erfolgreiches Projekt, das dem Umweltschutz, der Wirtschaft und schliesslich den Menschen dient. «Die Saat geht auf», sagte Maathai, und gab sich hoffnungsvoll.

Gerade die Weisheit und das Wissen der Armen müssten stärker anerkannt werden, forderte Christoph Stückelberger, Leiter des Instituts für Theologie und Ethik ITE des SEK.

Bis anhin habe gegolten «Arme sind nicht bankenwürdig, ergo auch nicht kreditwürdig». Hier sei eine Umkehr des Denkens notwendig, denn: «Wenn man den Menschen etwas zutraut, ist das der Schlüssel zur Entwicklung.» Das Beispiel der Landfrauen in Kenia zeigt, dass es funktioniert.

Retter der Erde?

Alle am Panel Vertretenen waren sich einig, dass es durchaus sozial verantwortungsvolle Unternehmen gibt – aber eben auch andere. Noreena Hertz, Autorin und Wirtschaftsprofessorin, sieht es als Herausforderung, mit der Geschäftswelt zu kommunizieren und sie von verantwortungsvollem Handeln zu überzeugen. «Es ist nicht im Interesse der Wirtschaft, Menschenrechte und Umweltschutz zu missachten.» Geschehe dies trotzdem, so könnten die entsprechenden Firmen durch Publizität unter Druck gesetzt werden.

Klar waren sich die Teilnehmenden darüber, dass «nicht die Unternehmen die Retter der Erde sein können. Zuerst braucht es politische Stabilität», wie sich Peter Athanassoglou, CEO von Ernst & Young, ausdrückte. Eine funktionierende Wirtschaft, die den Menschen dient, brauche folgende Voraussetzungen: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Markt, sagte Bundesrat Joseph Deiss. Maathai forderte den Abbau von Handelshindernissen und damit den Zugang zum (Welt-)Markt; Hertz möchte, dass «unfaire Subventionen» verschwinden und Schuldenerlasse in die Wege geleitet werden: «Hier könnte die Politik durchaus aktiv sein», so Hertz.

Zuerst dienen

Die Politik war des Öfteren angesprochen und gefragt an diesem Schlusspanel des Open Forum Davos. Politiker müssten Richtlinien setzen, dann halte sich die Wirtschaft auch an die entsprechenden Gesetze, sagte Athanassoglou. Der Schriftsteller Paulo Coelho und Maathai – beide aus dem Süden – äusserten sich hingegen kritisch gegenüber der Politik. Wenn die Regierung und die Wirtschaft unter einer Decke stecken, ist das Land korrupt. «Es braucht Raum für Demokratie» (Maathai) und «eine Emanzipation der Bevölkerung» (Hertz).

Zuerst dienen

Grundsätzlich war Athanassoglou einverstanden mit der Aussage des Migros-Gründers Gottlieb Duttweiler «Zuerst dienen, dann verdienen». Die prioritäre Zielsetzung eines Unternehmens könne nicht sein, Geld zu verdienen. Und wie können die (multinationalen) Konzerne dazu gebracht werden, «Duttis» Grundsatz nachzuleben? Zusammenfassend lässt sich nach dem Panel folgendes sagen:

- Die Politik muss aktiv(er) sein und Richtlinien setzen
- Unterstützung von Demokratisierung und Staatsaufbau
- Schuldenerlass
- Abbau von Handelshemmnissen
- Jedes Individuum kann seinen Beitrag leisten



Foto: refbild/Pfander

Auf internationaler Ebene, auch bei der UNO, wird an verbindlichen und weniger verbindlichen Richtlinien für sozial- und umweltverträgliches wirtschaftliches Handeln gearbeitet. Allerdings dürfte es noch viele Jahre dauern, bis solche Spielregeln akzeptiert und in Kraft sein werden. Aber immerhin: «Regeln bahnen sich an», wie Hertz konstatierte.

Sandra Baumeler ist Journalistin und war bis Ende Februar Mitarbeiterin der Abteilung Kommunikation des SEK.

Vergleiche auch Interview mit Wangari Maathi ab Seite 30.

Hochkarätige Runde

Am Schlusspanel des Open Forum Davos diskutierten am 30. Januar folgende Personen die Frage «Wann dient die Wirtschaft den Menschen?»

- Peter Athanassoglou, CEO von Ernst & Young, Zürich, Professor für Steuerrecht an der Universität St. Gallen
- Paulo Coelho, Schriftsteller, Brasilien
- Joseph Deiss, Bundesrat, Wirtschaftsminister und ehemaliger Wirtschaftsprofessor
- Noreena Hertz, globalisierungskritische Autorin, Wirtschaftsprofessorin an der University of Cambridge, England
- Wangari Maathai, Friedensnobelpreisträgerin 2004, stv. Ministerin für Umwelt, natürliche Ressourcen und Wildtiere in Kenia
- Christoph Stückelberger, Leiter des Instituts für Theologie und Ethik ITE des SEK

Open Forum Davos 2005. Eine Zwischenbilanz nach drei Jahren.

«Gut, dass es dieses
Forum gibt!
Macht **weiter so!**»



Das Open Forum Davos 2005 ist vom 27. bis 30. Januar vom SEK, von BFA und dem World Economic Forum in Kooperation mit Terre des Hommes und Max Havelaar organisiert und durchgeführt worden. Nach Einschätzung einer erstmalig erstellten SEK-Evaluation leistete das Open Forum 2005 einen positiven Beitrag für Meinungs- und Entscheidungsbildungsprozesse im Sinne von gerechtem und ökologisch nachhaltigem Wirtschaften.



Foto: refbild/Pfander

Hella Hoppe

Das Bild wiederholte sich: Bereits eine Stunde vor Beginn der Podiumsveranstaltung fanden sich erste Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Eingang der Alpinen Mittelschule in Davos ein, um eines der begehrten Gratintrittstickets für das Open Forum zu erhalten. Am Ende zählten die Veranstalter knapp 2400 Zuhörerinnen und Zuhörer. Erstmals überstieg das Interesse eines Panels («Sind die USA auf dem richtigen Weg?») das Angebot an vorhandenen Sitzplätzen, so dass über 50 Interessierte aus Feuerschutzgründen keinen Zugang zur Veranstaltung gewährt werden konnte. Einige Zehntausend verfolgten zudem die Übertragungen des Schweizer Fernsehens auf Kanal SF Info live.

Nach drei Jahren Pionierphase wurde das Open Forum 2005 vom SEK evaluiert. Ziel ist es, die Qualität der Davoser Veranstaltung zu analysieren und mögliche Schwachstellen zu identifizieren. Die Evaluation dient dem SEK auch als Entscheidungshilfe, inwieweit dieser im Jahr 2006 die Trägerschaft des Open Forum erneut übernimmt. Diese Entscheidung wird von Jahr zu Jahr neu gefällt.

Die Evaluation basiert auf der Auswertung von Einzelinterviews, Fragebögen sowie der Einschätzung von Teilnehmenden des SEK. Anhand der Kriterien Zuhörerschaft, Themenschwerpunkte, Referentenauswahl, Interaktion zwischen Podium und Publikum sowie zeitliches Format wird das Profil des Open Forum 2005 bewertet. Es zeigt sich, dass das zentrale Anliegen des Open Forum erfüllt wird, als öffentliche Dialogplattform kontroverse Debatten über ethisches Wirtschaften mit hochrangigen politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträgern sowie Vertretern von Religionsgemeinschaften und Zivilgesellschaft zu ermöglichen. Es wird ein solider Beitrag für eine fundierte Aus-

einandersetzung mit Werten und Zielen der reformierten Kirche geleistet, um die Macht der Argumente zu stärken.

Auch Schwachstellen benannt

Trotz der allgemein positiven Einschätzung des Open Forum werden jedoch auch Schwachstellen benannt, unter anderem die regional- und geschlechtsspezifisch unausgewogene Zusammensetzung der Panelveranstaltungen. Nur zehn der 47 Referentinnen und Referenten waren Frauen. In der Evaluation werden zudem 14 konkrete Empfehlungen erarbeitet und an die Träger des Open Forum 2006 gerichtet, um die Qualität des Open Forum weiter zu steigern. Dazu gehören zusätzliche Vertiefungsangebote an den Vor- und Nachmittagen sowie thematische Tagesschwerpunkte. Als besonders wichtig wird zudem erachtet, ausreichend Raum und Zeit für Bibelarbeit sowie informelle Gespräche nach den Hauptveranstaltungen zu reservieren und die Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in der Landschaft Davos (AKiD) weiter zu stärken.

Von Bedeutung für eine Entscheidung über die Trägerschaft des Open Forum 2006 sind auch Kooperationen und Netzbildungen, die über das Open Forum hinaus entstehen. So konnte aus einem 2003 geknüpften Kontakt ein erneutes Gespräch mit der Nigerianischen Finanzministerin und ehemaligen Vizepräsidentin der Weltbank, Ngozi Okonjo-Iweala, vereinbart werden. An diesem Treffen nahmen verschiedene Nichtregierungsorganisationen und kirchliche Vertreter sowohl aus Nigeria (African Network for Environmental and Economic Justice, Nigerian Awareness Group) als auch der Schweiz (SEK, BFA, EvB) teil. Thematisch ging es um die rasche Rückführung der Abacha-Gelder nach Nigeria, deren entwicklungspolitischen Verwendung sowie um die Frage eines transparenten Überwachungsmechanismus. In diesem Gespräch machte Finanzministerin Okonjo-Iweala die Zusicherung, dass Nigerianische NGOs an einem Monitoring über die Verteilung und Verwendung der Abacha-Gelder beteiligt werden sollen. Dieses Zugeständnis wurde von Ngozi Okonjo-Iweala gegenüber der schweizerischen Aussenministerin bei einem späteren Gespräch offiziell bestätigt.

Doppelstrategie

Ungeachtet des hohen öffentlichen und medialen Zuspruchs und entgegen der positiven Einschätzung durch die SEK-Evaluation werden von anderer Seite auch Bedenken gegen das Open Forum geäußert. Dieser Kritik zufolge werde die Veranstaltung vom WEF und seinen dort repräsentierten Unternehmen als soziales Gewissen instrumentalisiert. Um sich der primär von der OeME-Stelle der Gesamtkirchengemeinde Bern geäußerten Bedenken konstruktiv zu stellen, geht die Evaluation auch auf die sogenannte «Feigenblatt»-Kritik ein, hinter der sich grundlegende Strategiedifferenzen verbergen. Die aktuellen globalen Herausforderungen zeigen jedoch, dass es immer weniger um «entweder-oder» Lösungen geht. Vielmehr müssen angesichts der komplexen Probleme unserer Zeit neue Felder der strategischen Zusammenarbeit aufgezeigt und verfolgt werden.

Vor diesem Hintergrund wird aus Sicht der Evaluation positiv bewertet, dass der SEK eine Doppelstrategie verfolgt. Diese besteht darin, zum einen die Suche nach Alternativen zu bestehenden Globalisierungs- und Wirtschaftsstrukturen zu unterstützen. Zum anderen wird der Dialog mit politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträgern intensiviert, um reformorientierte Schritte zu ermöglichen. Im Sinne der verfolgten Doppelstrategie versteht der SEK das Open Forum auch als komplementär zum Weltsozialforum in Porto Alegre, das als Ort der weltweiten Vernetzung der globalen sozialen Bewegung agiert. Hier ist der SEK durch den Ökumenischen Rat der Kirchen und seinen Veranstaltungen vertreten.

In Ergänzung zur Frage nach Strategien, wirft die «Feigenblatt»-Kontroverse eine weitere grundlegende Frage auf. Dabei geht es um das Thema, wie die Mitbestimmung speziell von Entwicklungsländern in globalen formellen und informellen Institutionen erhöht werden kann. Gerade hier sind Religionsgemeinschaften als Teil der Zivilgesellschaft von hoher Bedeutung, indem sie dazu beitragen, undemokratische Strukturen öffentlich und transparent zu machen.

Kompliment

Die Evaluation kommt zu dem Schluss, dass das Open Forum 2005 insgesamt einen positiven Beitrag für Meinungs- und Entscheidungsbildungsprozesse im Sinne von gerechten und ökologisch nachhaltigen Wirtschaftsprozessen leistet. Das Anliegen ethischen Wirtschaftens wird durch die gemeinsame Trägerschaft von SEK/BFA mit dem WEF eindeutig gestärkt. Dies gelingt dem SEK zwar nicht ausschliesslich durch das Open Forum, aber durch die verfolgte Doppelstrategie. Deshalb sollte der SEK seine Trägerschaft auch im Jahr 2006 fortsetzen, oder wie es ein Teilnehmer auf seinem Fragebogen notiert:

«Unbedingt Weitermachen! Hervorragende Möglichkeit, um auf kleinstem räumlichen und zeitlichen Raum mit einem Maximum an Entscheidungsträgern in Kontakt zu kommen und im Kleinen Fortschritte zu erzielen.»

Dr. Hella Hoppe ist Ökonomin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Theologie und Ethik ITE des SEK.

Wirtschaften ist ethisch, **wenn** ...

...es Menschenrechte respektiert, Kinder schützt, Grundwerte beachtet und auch in Arme investiert. Das Open Forum 2005 zeigte konkrete Leitplanken auf. Bilanz und Beobachtungen.

Christoph Stückelberger

«Wann ist wirtschaftliches Handeln ethisch?» war das Oberthema der acht Podien. «Wirtschaft soll Menschen dienen» war die Antwort der Bündner Kirche mit ihrer Plakataktion, zwei Mal vier Meter gross an Kirchtürmen und hinter dem Podiumstisch des Open Forum prangend. «Und wann dient Wirtschaft den Menschen?»

1. Wenn Wirtschaft Menschenrechte respektiert und fördert;
2. Wenn Wirtschaft Kinder und ihre Rechte schützt;
3. Wenn Konflikte multilateral durch Dialog statt Schiessen gelöst werden und auch die USA sich daran halten;
4. Wenn auch die Opfer «schleichender Tsunamis» wie Hunger und Armut unterstützt werden;
5. Wenn wir als Konsumenten und Aktionärinnen (durch unsere Pensionskassen) stärker Druck auf Unternehmen und Börsen ausüben;
6. Wenn die Schweizer Wirtschaftspolitik sich nicht nur am Grundwert Freiheit, sondern auch an Gerechtigkeit und Solidarität orientiert;
7. Wenn die Finanzmärkte in Arme investieren und sie als kreditwürdig entdecken
8. Wenn Bäume gepflanzt werden.

Bei den über fünfzig Podiumsteilnehmenden der acht Panels schälte sich diese Stossrichtung einer gemeinsamen Antwort heraus, bei allen Kontroversen im Einzelnen. Das ist beachtlich, wenn man bedenkt, dass noch bis Ende der Neunzigerjahre der Shareholder value so ungebrochen im Vordergrund stand. Deutlich war auch die «Rückkehr der Politik», die der ehemalige Politiker Ehrhard Eppler schon vor Jahren prophezeit und gefordert hatte. Erstaunlich viele Podiumsteilnehmenden aus allen Lagern und auch CEO's anerkannten die Notwendigkeit verstärkter politischer Leitplanken für menschengerechtes Wirtschaften.

Motivation

Alles schöne Worte, die im Alltag nichts bewirken? Die vielen Voten aus dem Plenum und persönliche Rückmeldungen, die ich erhielt, zeigten: Das Open Forum war eine differenzierte, inhaltlich sehr qualifiziert geführte Auseinandersetzung. Sie konnte Bewusstseinsprozesse auslösen und zu neuem Engagement motivieren.

Doch der Test kommt natürlich bei der Umsetzung in die Praxis. Dazu wurden auch sehr konkrete Vorschläge auf dem Podium und im Plenum gemacht: Kinderschutzorganisationen sollen das Verbandsbeschwerderecht für die Rechte der Kinder erhalten, schlug Ellen Ringier vor. Ein Dialog zwischen Regierung, Unternehmen und NGO's zum Konflikt um Öl im Sudan forderte die Erklärung von Bern. Zu klarer Distanzierung von fundamentalistischer und politisch instrumentalisierter Bibelinterpretation wie in den USA rief die lutherische Bischöfin Bärbel Wartenberg-Potter auf. Unternehmen sollen in Entwicklungsländern angemessen Steuern bezahlen, dann hätten diese Regierungen genug Mittel, um mit Tsunamis selbst fertig zu werden, wurde im Plenum vorgeschlagen. Bundesrat Pascal Couchepin brach eine Lanze für die Auslandhilfe, denn «die Armen im Ausland zu vergessen hilft den Armen in der Schweiz auch nicht». Orin Smith, CEO von Starbucks, verpflichtete sich auf das Ziel, den Anteil von Fair-Handels-Kaffee in seinem Konzern von 4,5 auf 10 Millionen Pfund (£) in den nächsten zwölf Monaten zu verdoppeln.

SEK und BFA sollten bei Herrn Smith Ende 2005 mal nachfragen – mit dem Risiko, dass er uns Kirchen dann zurückfragt, ob wir denn die Verpflichtung des RWB in Accra, 20 Prozent der kirchlichen Geldanlagen ethisch anzulegen, schon verwirklicht haben ... Dann wird das Open Forum zum offenen Wettbewerb, wer ethischer wirtschaftet.

«Wachsendes Bedürfnis

Thomas Wipf, Präsident des Rates SEK, zum diesjährigen Open Forum Davos und wie es weitergeht.



Foto: refbild/Pfander

Bulletin: Thomas Wipf, Sie sind einer der Initianten des Open Forum. Was war eigentlich der Ausgangspunkt?

Thomas Wipf: Die Überzeugung, dass die Themen, die im nicht-öffentlichen WEF diskutiert werden, alle angehen. Wir wollten den Dialog und die öffentliche Diskussion anstossen. Ans Open Forum sollen alle kommen können, die sich interessieren. Und genau das geschieht auch.

Was war für Sie das Positivste am diesjährigen Open Forum?

Wir konnten erleben, dass die Diskussionen und Auseinandersetzungen am Open Forum einem wachsenden Bedürfnis entsprechen. Menschen aus ganz unterschiedlichen Bevölkerungsschichten waren da, auch viele Junge. Zudem freute es mich, dass es zwischen den Panel-Teilnehmenden und dem Publikum oft zu einem echten Austausch kam. Wichtig war mir, dass wir die Aktion der Bündner Kirche aufnehmen konnten: «Wirtschaft soll Menschen dienen».

Das Open Forum wird genau ausgewertet. Wieso diese grundlegende Evaluation?

Der SEK hat nun das Open Forum dreimal mitorganisiert. Es war an der Zeit, eine Zwischenbilanz zu ziehen. Nach drei Jahren existiert eine Basis für entsprechende Auswertungen: Ist es gelungen, das Bewusstsein für Probleme im Zusammenhang mit einer wirtschaftlich gerechten und ökologisch nachhaltigen Globalisierung zu schärfen? Was hat sich bewährt und was können wir verbessern?

Wird es 2006 auch ein Open Forum geben?

Der Rat hat an seiner März-Sitzung Ja gesagt zur erneuten Mitträgerschaft des Open Forum 2006. Jetzt werden wir die Ergebnisse der Evaluation mit unsern Partnern besprechen und die daraus abgeleiteten Empfehlungen in die Planung einbeziehen.

bas

is»

Zitate von Panel-Teilnehmer/innen des Open Forum 2005 in Davos

« Südafrika wäre heute nicht frei von Apartheid ohne den Kampf und Einsatz von Kindern. »

*Kumi Naidoo, Generalsekretär Civicus
World Alliance for Citizen Participation, Südafrika,
am Panel über Kinderrechte*

« Eine Krise zu managen ist einfacher als das Normale zu regeln. »

*Walter Fust, Direktor DEZA, am Panel über
die Flutkatastrophe im Indischen Ozean*

« Bevor die Schweiz Vorbild sein will, soll sie ändern nicht schaden. »

*Peter Ulrich, Prof. und Leiter des Instituts
für Wirtschaftsethik der Universität St.Gallen,
am Panel über die Schweiz*

« Ich hoffe, dass historische Werte der Schweiz wie Humanität und wirtschaftliche Gerechtigkeit, wie sie Zwingli und Calvin hervorgebracht haben, wieder ins Zentrum der Entscheidungsträger rücken. »

*Setri Nyomi, Generalsekretär des Reformierten
Weltbundes, am Panel über die Schweiz*

« Die Armen im Ausland zu vergessen hilft den Armen in der Schweiz nicht. »

*Bundesrat Pascal Couchepin,
am Panel über die Schweiz*

« Wie soll die Schweiz die Armutsbekämpfung finanzieren, wenn sie zugleich Steuergeschenke an die Reichen macht? »

*Ein Teilnehmer aus dem Plenum
und Flugblattverteiler (Martin Rahm)*

« In einer polarisierten Welt ist Dialog sehr wichtig. Dialog muss einschliessen, dass starke Stimmen derer, die leiden, gehört werden. »

*Setri Nyomi Generalsekretär des Reformierten
Weltbundes, am Panel über die Schweiz*

« Besser reden statt schiessen! »

*Bischöfin Bärbel Wartenberg-Potter
am Panel USA – Europa*

Konkrete Lösungsvorschläge

- Ein Verbandsbeschwerderecht für Kinderorganisationen (Ellen Ringier)
- Ein internationaler Verhaltenskodex gegen Korruption in der Baubranche (Karl Steiner, CEO der Steiner AG, am WEF angefangen)
- Ein Multistakeholder-Dialog über die Respektierung der Menschenrechte im Ölsektor in Sudan (mit Regierung, Ölfirmen, Entwicklungsorganisationen, Uno) (Christine Eberlein, Erklärung von Bern)
- Klare Stellungnahme der Kirchen gegen die fundamentalistische und einseitige politische Instrumentalisierung der Bibel durch evangelikale Christen in den USA. (Bischöfin Barbara Wartenberg-Potter)
- Firmen sollen bereit sein in Entwicklungsländern angemessenen Steuern zu zahlen. Dann hätten diese Mittel, um plötzliche oder schleichende Katastrophen vermehrt aus eigener Kraft zu bewältigen. (Ein Votant aus dem Plenum)
- Starbucks will seinen Anteil Fair-Handels-Kaffee von 4,5 auf 10 Mio engl. Pfund innerhalb zwölf Monaten verdoppeln (Mr. Smith, CEO Starbucks)

Wie **weit** reicht «grenzenlose Liebe»?

Am 5. Juni kommt das «Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare» zur Abstimmung. Der Rat des SEK hat aus ethischer Sicht positiv dazu Stellung genommen. Im Folgenden ein paar theologisch-ethische Bemerkungen des neuen ITE-Mitarbeiters Frank Mathwig zu gleichgeschlechtlichen Partnerschaften.

Der Psalmist (Ps 145, 8) rühmt die «grenzenlose Liebe» Gottes und das Johannesevangelium bemerkt über Jesus: «Er hatte die Menschen in der Welt, die zu ihm gehörten, immer geliebt, und er liebte sie bis zum Ende/zum Äussersten.» (Joh 13, 1). In diesen beiden Sätzen ist die gesamte biblische Botschaft auf den Punkt gebracht. Das ist die eine Seite der Liebe. Was folgt daraus für die andere Seite, die Adressat/-innen der Botschaft? Wie weit reicht die Liebe zwischen Menschen? Besser: Wie weit *darf* sie reichen? Und präzise: *Wer darf wen lieben?*

Diese Fragen klingen eigenartig und befremdlich – aber genau darum geht es, wenn über Homosexualität und gleichgeschlechtliche Partnerschaften nachgedacht wird. Bemerkenswert ist, dass in den Kontroversen um Homosexualität häufig die Liebe als erstes «auf der Strecke bleibt» – das gilt für die Gefühle der Menschen, über die gesprochen wird genauso, wie für die Haltung mancher Diskutierenden. Theologie und Kirchen sind in besonderer Weise aufgefordert, im Auge zu behalten, was mit der oder dem «Anderen» geschieht, wenn sie oder er zum Gegenstand theologisch-kirchlicher Rede werden.

Stellungnahme des SEK

Beim SEK, über info@sek-feps.ch oder über die Website www.sek-feps.ch zu bestellen bzw. abrufbar sind:

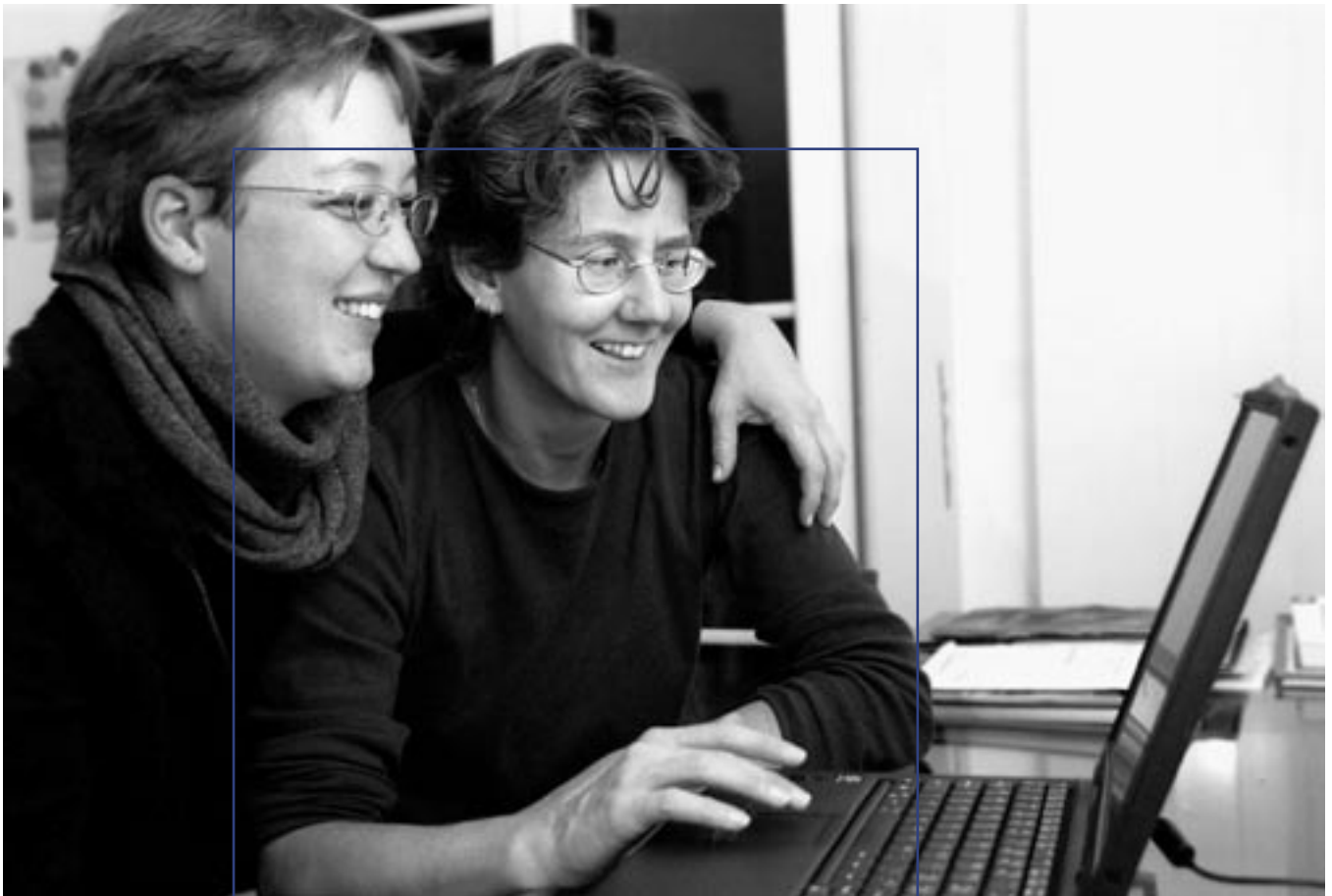
- Dreiseitige Stellungnahme des Rates SEK zum Partnerschaftsgesetz
- «Gleichgeschlechtliche Paare. Stellungnahme zum Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare. Eine ethische Orientierungshilfe des SEK».

Das Partnerschaftsgesetz

Nach einer mehr als zehnjährigen Diskussionsphase ist im Sommer 2004 das «Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare» mit grosser Mehrheit von beiden Räten angenommen worden. Das Gesetz bietet gleichgeschlechtlichen Paaren die Möglichkeit, ihre Beziehung rechtlich abzusichern. Klare Regelungen gegenüber Dritten sollen die Paarinteressen besonders im Krankheits- und Todesfall schützen. Steuer-, erb- und sozialversicherungsrechtlich sollen gleichgeschlechtliche Partnerschaften Ehepaaren gleichgestellt werden. Nachdem im Anschluss an die Annahme des Gesetzes das Referendum ergriffen wurde, wird nun im Juni in einer eidgenössischen Volksabstimmung über das Partnerschaftsgesetz entschieden.

Der Rat SEK und die Mitgliedkirchen haben das Gesetzgebungsverfahren von Anfang an intensiv begleitet und in drei Stellungnahmen – zur Petition «Gleiche Rechte für gleichgeschlechtliche Liebe» (1996), zur Vernehmlassung (2000) und zum Vorentwurf des Bundesgesetzes (2002) – dem Partnerschaftsgesetz ausdrücklich zugestimmt. In einer vierten «Stellungnahme zum Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare» hat der SEK anfangs März 2005 seine positive Haltung vor dem Hintergrund der aktuellen Einwände des Referendumskomitees noch einmal begründet.

Bei der anstehenden Abstimmung geht es um ein Gesetz und nicht um das Für und Wider von Homosexualität an sich. Die letzte Frage ist mit der strafrechtlichen Gleichstellung von Hetero- und Homosexuellen im Sexualstrafrecht (Revision vom 1. Oktober 1992) *juristisch* längst entschieden. Aber rechtliche *Legalität* bedeutet nicht ohne weiteres



Klare Regelungen gegenüber Dritten sollen die Paarinteressen besonders im Krankheits- und Todesfall schützen

auch ethische *Legitimität*, geschweige denn gesellschaftliche (und theologisch-kirchliche) *Akzeptanz* und *Anerkennung*. Und so spielt das weite Feld persönlicher Meinungen, moralischer Überzeugungen und ethischer Urteile über Homosexualität eine tragende Rolle für die vergleichsweise einfache Ausgangsfrage nach Zustimmung oder Ablehnung des Partnerschaftsgesetzes. Jede Antwort, die nicht im dogmatischen Nebel subjektiver Beliebigkeit stecken bleiben will, muss sich um Gründe bemühen, die möglichst für jede und jeden – wenn schon nicht zustimmungsfähig, zumindest aber – nachvollziehbar und plausibel sind.

Eine theologisch-kirchliche Begründung hat es mit einer besonderen Herausforderung zu tun. Sie muss nicht nur den Nachweis der Folgerichtigkeit und Plausibilität ihrer Argumente erbringen, sondern hat in jedem Fall die biblischen und christlich-theologischen Traditionen mit zu bedenken. Aus der Perspektive des SEK rücken damit zwei Aufgaben in den Mittelpunkt: Einerseits die Entfaltung der Gründe für die *Zustimmung des Rates SEK zum Partnerschaftsgesetz*, andererseits die weiter reichende theologisch-ethische Begründung der *Haltung des SEK zur Homosexualität*. Bei beiden Aspekten geht es auch darum, ob es einen spezifisch

christlich-kirchlichen Beitrag zum Thema Homosexualität gibt und wenn ja, worin dieser besteht.

Für Homosexualität – gegen die Bibel?

Jede theologisch-kirchliche Äusserung zu Homosexualität und gleichgeschlechtlichen Partnerschaften kommt nicht an den bekannten Bibelpassagen über Gleichgeschlechtlichkeit vorbei. Die Stellen aus dem «Heiligkeitsgesetz» (Lev 18, 22; 20, 13), die urchristlichen «Lasterkataloge» (1 Kor 6, 9; 1 Tim 1, 10) oder das vernichtende Urteil von Paulus in Röm 1, 26f. sind unmissverständlich und deutlich. Positive Bezüge finden sich an keiner Stelle. Es gibt wohl wenige Themen in der Bibel, die durchgängig in derartiger Eindeutigkeit abgehandelt werden.

Gerade diese unmissverständliche Klarheit provoziert die Frage, welche «Eindeutigkeit» gemeint ist, die in der Bibel festgestellt wird. Der Alttestamentler Jürgen Ebach hat sich in diesem Zusammenhang ein aufschlussreiches fiktives Szenario ausgedacht: Bei der Besetzung einer Pfarrerstelle soll anhand von Kriterien aus dem Alten Testament die geeignete Person gefunden werden. Sechs Kandidaten/-innen stehen zur Auswahl:

- Die erste Kandidatin hat in ihrem Frankreichurlaub Schnecken gegessen.
- Der zweite Kandidat hat sich den Bart gestutzt.
- Die dritte Kandidatin hinkt.
- Der vierte Kandidat hat an der Beerdigung seiner Mutter teilgenommen.
- Die fünfte Kandidatin trägt eine Bluse mit 25% Polyester.
- Der sechste Kandidat ist homosexuell.

In einer reformierten schweizerischen Kirchgemeinde wäre höchstens der sechste ein «Wackelkandidat», alle anderen hätten nichts zu befürchten – im Gegensatz zum alttestamentlichen Denken, dem *alles*, was hier über die verschiedenen Bewerber/-innen berichtet wird, ein «Greuel» ist. Das Alte Testament formuliert im Hinblick auf die genannten Verhaltensweisen völlig «eindeutig». Bevor diese Vorschriften vorschnell als Anekdoten aus vergangenen Zeiten abgetan werden, muss die Frage gestellt werden, warum nur das Verbot der Homosexualität – im Gegensatz zu den anderen ebenso «eindeutig» missbilligten Greuelthaten – «überlebt» hat. Die nahe liegende Antwort, dass Dreitagebärte und Synthetikkleidung nun wirklich keine ethischen Fragen aufwerfen, gilt hier nicht. Denn: Greuel = Greuel.

Trotzdem würde heute niemand bestreiten, dass Homosexualität in anderer Weise relevant ist als etwa Rasiergewohnheiten oder Lieblingsspeisen. Aber: Warum hier einen Unterschied behaupten, der dort nicht gilt?

Warum hier einen Unterschied behaupten?

Liebe und/oder Sex?

Was folgt daraus? Die Unbrauchbarkeit der Bibel? Oder ihre Beliebigkeit? Keineswegs. Notwendig ist eine Lektüre, die zwischen «zeitbedingten» Aussagen und Forderungen sowie dem «bleibend Wichtigen» der biblischen Botschaft unterscheidet. «Zeitbedingt» meint die einem ständigen historischen Wandel unterworfenen Traditionen und Sitten, aber auch die persönlichen Charaktere der Autor/-innen, etwa eines Paulus, der nicht nur Homosexualität verwarf, sondern auch die Ehe eher zwiespältig ansah. Seinem Ratschlag, am besten zölibatär zu leben (1 Kor 7), sind im Laufe der Geschichte der Christenheit – zu Recht ohne jedes Schuldgefühl – nur wenige gefolgt.

Worin besteht andersherum das «bleibend Wichtige» der biblischen Botschaft und wie kann das eine vom

anderen unterschieden werden? Im Zentrum der Bibel, vor allem des Neuen Testaments steht die Liebe Gottes zu den Menschen. Bei Paulus zeichnet sich neben vielen persönlich geprägten Einschätzungen eine einzige durchgehende Antwort ab: Alles, was Menschen tun, soll «in der Liebe geschehen» (1 Kor 16, 14). Die Liebe ist die Erfüllung des Gesetzes, alles menschliche Tun ohne die Liebe wäre «nutzlos» (1 Kor 13, 3). Dieser «neue Geist», aus dem die christliche Kirche lebt, bedarf kaum einer weiteren Erklärung. Die Gewissheit darüber gehört zu den Fundamenten christlichen Glaubens. Warum aber sollte diese Liebe nicht homosexuellen Menschen genauso gelten und warum bestehen Zweifel daran, dass sie als Christen/-innen diese Liebe in gleicher Weise leben? Schliesslich: Welchem «Geist» gehorcht das Vorurteil, das Homosexuellen die Zusage und das Geschenk der Liebe Gottes absprechen will?

In diesen Zusammenhang gehört noch eine weitere Beobachtung. Wie viele aktuelle Diskussionen über Homosexualität laufen auch die biblischen Verweise auf eine unangemessene Engführung von Homophilie auf *Homosexualität* hinaus. An keiner Stelle ist von der *Liebe* zwischen zwei Menschen die Rede. In Röm 1, 26f. kritisiert Paulus Frauen und Männer, die ihre heterosexuellen Partner/-innen gegen gleichgeschlechtliche eintauschten. Es geht weder um homosexuelle Veranlagung (sondern freie Entscheidung), noch

um die Ernsthaftigkeit, Verbindlichkeit und Verantwortlichkeit zweier Lie-

bender (sondern um Sex). Die alt- und neutestamentlichen Textstellen sind im Kontext der Abgrenzung von Kultpraktiken der altorientalischen bzw. hellenistischen Umwelt zu lesen. Die Frage ist berechtigt, ob die genannten Passagen überhaupt Aussagen über eine *Lebensform* und nicht vielmehr eine *kultische Praxis* im Blick haben. Bezeichnend ist jedenfalls der häufig – im doppelten Sinne – lieb-lose Charakter, in dem über Homosexualität gesprochen wird.

Warum ein Partnerschaftsgesetz?

Homosexualität *an sich* ist kein juristisches Problem. Der Antidiskriminierungsartikel (Art. 8 BV) gilt auch Homosexuellen. Die Bundesverfassung garantiert die rechtliche Gleichheit von hetero- und homosexuellen Personen. Kon-

troversen entzünden sich allerdings daran, wie weit diese Gleichheit gehen sollte – genauer: ob aus der formalen Gleichheit auch in jedem Fall eine Gleichbehandlung folgen sollte.

Kritiker/-innen des Partnerschaftsgesetzes berufen sich auf die alte Rechtsformel: «Gleiches gleich und Ungleiches ungleich behandeln». Nur wenn Ehepaare und gleichgeschlechtliche

Partnerschaften als wesentlich gleich betrachtet werden, verdienen

sie auch eine Gleichbehandlung. Gesetzesgegner/-innen behaupten nun eine *Ungleichheit der Lebensformen* von Ehe und gleichgeschlechtlicher Partnerschaft und schliessen daraus auf die Angemessenheit einer *Ungleichbehandlung* durch das Recht. Als *Personen* sind Homosexuelle gegenüber Heterosexuellen in jeder Hinsicht gleich (zu behandeln) – als *Paare* dagegen grundsätzlich nicht. Entsprechend tritt die Bundesverfassung zugleich gegen jegliche Diskriminierung der *Person* und für den exklusiven Schutz von *Ehe und Familie* (Art. 14 BV) ein. Weil homosexuelle Paare nicht heiraten dürfen, können sie – im Gegensatz zu heterosexuellen Konkubinatsbeziehungen – ihr Verhältnis nicht legalisieren und ihre Lebensgemeinschaft nicht unter den Schutz des Rechts stellen. Handelt es sich hierbei um eine angemessene rechtliche Ungleichbehandlung oder wird damit das verfassungsrechtliche Gleichheitsgebot und Diskriminierungsverbot verletzt?

Eine Antwort auf die Frage hängt davon ab, welche soziale, ethische und rechtliche Bedeutung Paarbeziehungen beigemessen wird. Oder zugespitzt: Lassen sich die Belange einer Person ohne Rücksicht auf wesentliche Bedingungen ihrer sozialen Existenz schützen? Aus biblisch-christlicher Perspektive muss die Frage verneint werden. Personsein ist wesentlich *Sein in Beziehungen*. Schon die Schöpfungsgeschichte betont das Angewiesensein des Menschen auf Partnerschaft. Die in Gen 2 ausgeführte «Bi-Polarität» des Menschen darf nicht auf die *geschlechtliche* Dualität von *Frau und Mann* reduziert werden. Dazu gehört genauso grundlegend die *anthropologische* Polarität von «Du» und «Ich», wie sie besonders in der Bundestheologie expliziert wird und im jüdischen Denken bis heute lebendig geblieben ist. Der Mensch der Bibel ist der angesprochene Mensch. Anrede

setzt ein konkretes Gegenüber, ein In-Beziehung-Sein voraus. Diese Relationalität kennzeichnet nicht nur das alt- und neutestamentliche Menschenbild, sondern auch die Beziehung zwischen Gott und Mensch.

Wenn aus biblischer Perspektive Person und ihre Beziehungen eine unauflöslche Einheit bilden, dann kann der verfassungsrechtliche Schutz der Person nicht sinnvoll von

dem Schutz ihrer sozialen Existenz abgekoppelt werden. Oder umgekehrt formuliert: Schutz der Person ist Schutz der Beziehungen, die wesentlich zu der Person gehören. Diese

Forderung folgt aus der grundlegenden sozialen (*nicht* geschlechtsspezifischen) Bestimmung des Menschen und gilt *unabhängig* von der geschlechtlichen Orientierung. Das Partnerschaftsgesetz führt damit nur konsequent zu Ende, was im Antidiskriminierungsartikel der Bundesverfassung bereits angelegt ist.

Schutz der Beziehungen

Dr. Frank Mathwig ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Theologie und Ethik ITE des SEK.

Vergleiche auch Standpunkt Seite 28. Website Homosexuelle und Kirche www.huk.org.

Eine lesbische Pfarrerin geht ihren Weg

Sie hilft mit, punkto gleichgeschlechtlicher Paare und ihrer Rechte den Umdenkprozess voranzutreiben. Trotz positiver Entwicklungen will sich die lesbische Pfarrerin nicht in den Medien outen. Sie bevorzugt das pragmatische Vorgehen.

Sandra Baumeler

Aufgewachsen ist die heute 36-Jährige in einer ländlichen Gegend in der Deutschschweiz und «traditionell kirchlich sozialisiert», wie sie erzählt. In der Dreigenerationenfamilie wurde der Glaube ernst genommen, aber «auch kritisch hinterfragt». Die Diskussionen im Elternhaus motivierten sie denn auch zum Studium. Erst da, in Schottland, spürte sie, dass sie lesbisch ist. Sie traf im Studentenheim auf ein lesbisches Paar und schloss sich einer Clique von gleichgesinnten christlichen Studierenden an. Zurück in der Schweiz, suchte sie entsprechende Kontakte.

Heute hat die Pfarrerin eine 50%-Stelle – ein «Dorfpfarramt mit Gestaltungsraum», wie sie es nennt – arbeitet an ihrer Dissertation und engagiert sich im Vorstand der Christlichen Organisation von Lesben (CooL). Da sie ihre Stelle noch nicht mal ein Jahr innehat, ist sie vorsichtig und bindet es nicht jedem und jeder auf die Nase, dass sie lesbisch ist. Sie geht behutsam und vorsichtig vor, kann und muss sie doch auf negative Erfahrungen zurückblicken: Wegen ihrer sexuellen Orientierung wurden ihr auch schon Stellen verwehrt. Nach einer längeren Beziehung lebt sie heute als Single und ist damit «unverdächtig» und gehört zu einer «neutralen Kategorie», wie sie es formuliert.

Schlagabtausch?

Die Abstimmung vom 5. Juni über das Partnerschaftsgesetz ist für sie nicht in erster Linie eine kirchliche Angelegenheit, sondern eine politische. Sie hofft, dass es im Vorfeld nicht zu einem «Schlagabtausch über Bibelstellen» mit rechtsstehenden kirchlichen Kreisen kommt (das von der EVP und der EDU lancierte Referendum gegen das Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare war mit 66 853 gültigen Stimmen zustande gekommen). Wenn dem so wäre, «sind wir von CooL allerdings parat», sagt sie kämpferisch, freilich ohne dass sie sich in ihre Karten blicken liesse.

Die Stellungnahme des SEK zum Thema und zur Abstimmungsvorlage findet sie «sehr gut und fundiert». Vor allem die Überlegungen zu Paulus erachtet sie als speziell «durchdacht» (vgl. Stellungnahme SEK S. 14). Und den Satz «Wenn Kirchen das Institut der eingetragenen Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare befürwortet, dann verbindet sich damit ihr Wille und ihre Hoffnung, dieses

Institut als einen von Gott gewollten und gesegneten Bund anzuerkennen» findet sie mutig. Sie wünscht sich, dass es einmal so sein wird. Bis dahin dürfte es indessen noch ein weiter Weg sein.

Segnungen

Geschlecht und sexuelle Orientierung dürften nicht mehr als entscheidende Kriterien in kirchenpolitischen, kirchenrechtlichen sowie liturgischen Fragen herangezogen werden, ist die Pfarrerin überzeugt. «Das Ziel, zu dem das Gesetz beiträgt, muss darin bestehen, nicht eine gute Begründung für die Rechte gleichgeschlechtlicher Partnerschaften zu finden, sondern eine eigens anzuführende Erklärung überhaupt überflüssig zu machen»: Diesen Auszug aus dem SEK-Papier unterstützt sie besonders.

Mit Segnungen hat sich die angehende Doktorin der Theologie bereits viel beschäftigt. Sie hat auch schon ein Frauenpaar gesegnet. Auch wenn sich in der Deutschschweiz mittlerweile homosexuelle und lesbische Paare in vielen Kirchen segnen lassen können, schätzt sie den Zustand als «unbefriedigend» ein. Denn eine Segnung ist kein «offizieller Akt» und wird nirgends vermerkt, anders als bei der Taufe, der Konfirmation oder der Heirat. «Trotz positiver Entwicklungen in den vergangenen Jahren: Gut ist es noch nicht», sagt sie. Gerade bei rechtlichen Angelegenheiten sei die Schlechterstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren noch nicht ins Bewusstsein der Bevölkerung vorge drungen. Daran arbeitet sie. Im Moment wieder mehr hinter den Kulissen; behutsam und vorsichtig; indessen ohne sich und ihre sexuelle Orientierung zu verleugnen.

CooL

Die Christliche Organisation von Lesben (CooL) ist im Jahr 2000 gegründet worden und hat ihren Sitz in Bern. CooL bietet unter anderem lesbischen/frauenliebenden Frauen, die an Fragen rund um den christlichen Glauben interessiert sind, einen geschützten Rahmen, um sich kennenzulernen.

Mehr Infos: www.cool-schweiz.ch

E-Mail: cool-schweiz@gmx.ch

Ja zur CO₂-Lenkungsabgabe

Der Rat des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes SEK setzt sich für die rasche Einführung der CO₂-Lenkungsabgabe ein. Klimaschutz ist Menschenschutz. Dies schreibt er in seiner Vernehmlassungsantwort.

Der Rat des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes SEK verfolgt mit grosser Sorge, wie griffige und verpflichtende Klimaschutz-Massnahmen weiterhin auf sich warten lassen. Im Kern geht es beim globalen Klimawandel um die Zukunft von Gottes gesamter menschlicher und nichtmenschlicher Schöpfung. Die Erdatmosphäre, die Leben ermöglicht, ist ein Geschenk Gottes. Bei den anstehenden Entscheidungen zur Reduktion des CO₂-Ausstosses geht es folglich um die Sorgfaltspflicht, die den Menschen gegenüber Gottes Schöpfung aufgetragen ist und um die Verantwortung gegenüber den künftigen Generationen, wie der Rat SEK in seiner Vernehmlassungsantwort betreffend der Verringerung des CO₂-Ausstosses schreibt.

Zur Erreichung der klimapolitischen Ziele hatte der Bundesrat im Oktober 2004 vier Varianten in die Vernehmlassung geschickt. Der Rat SEK unterstützt nachdrücklich die bisherige Haltung des Bundesrates, nach der die CO₂-Reduktionen «hauptsächlich im Inland» zu erzielen sind. Die grosszügige Interpretation dieser Politik, nämlich dass bis zu 50 Prozent der Reduktion im Ausland stattfinden dürften, hält der Rat SEK jedoch für unzulässig. «Hauptsächlich im Inland» bedeutet für den Rat SEK, dass nicht mehr als zehn Prozent der Reduktionen aus dem Ausland angerechnet werden dürfen. Der SEK setzt sich seit 15 Jahren für Klimaschutzmassnahmen ein, besonders durch die vom SEK mit gegründete Ökumenische Arbeitsgemeinschaft Kirche und Umwelt. In konsequenter Weiterführung der langjährigen Haltung spricht sich der SEK für die möglichst sofortige Einführung der CO₂-Lenkungsabgabe gemäss der vom Bundesrat vorgeschlagenen Variante 1 aus. Nur diese setzt die Vorgaben des

CO₂-Gesetzes tatsächlich um und entspricht ansatzweise der Sorgfaltspflicht und der Verantwortung gegenüber heutigen und künftigen Generationen. Mit der Variante 1 besteht die Chance, die Emissionen effektiv und in Respektierung des Verursacherprinzips auf ethisch vertretbare Weise zu reduzieren. *bas*

Die vollständige Vernehmlassungsantwort des Rates SEK ist auf der SEK-Website www.sek-feps.ch unter Publikationen und Medien/Stellungnahmen publiziert.

Aus der Geschäftsstelle

Wir verabschieden uns von:

Dorothea Loosli, wissenschaftliche Assistentin am Institut für Sozialethik

Verena Loembe, Protokollführerin des Rates

Matthias Galli, Hilfsassistent am Institut für Sozialethik

Sandra Baumeler, Redaktorin und Mitarbeiterin Stabsstelle Kommunikation

Die neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts für Theologie und Ethik ITE des SEK sind auf Seite 21 vorgestellt.

Korrektur

In der Ausgabe des Bulletins 4/2004 ist es bei der Grafik auf Seite 13 («Die religiöse Landschaft der Schweiz verliert ihre herkömmliche Gestalt») zu einer Verwechslung gekommen. Korrekt ist: Die hellblauen Säulen zeigen den Stand von 2000, die dunkelblauen jene von 1970. Die Redaktion entschuldigt sich für diesen Fehler. *bas*

Europäisches Christliches Umweltnetz in Basel

Vom 4. bis 8. Mai findet in Basel die fünfte Vollversammlung des Europäischen Christlichen Umweltnetzes ECEN statt. Das Thema der Tagung ist «Der Beitrag der Kirchen zu einem ökologisch nachhaltigen Europa».

Der SEK gehört zusammen mit der Christkatholischen Kirche der Schweiz, mit dem Präsidenten der Schweizer Bischofskonferenz, Amédée Grab, sowie mit dem orthodoxen Metropoliten dem Patronatskomitee an. Der Kirchenbund wird vor Ort vom Ratspräsidenten Thomas Wipf sowie vom Leiter des Instituts für Theologie und Ethik, Christoph Stückelberger, vertreten. Stückelberger leitet an der Tagung die Gruppe, welche die «Botschaft an die Kirchen in Europa» redigiert.

Im Rahmen der Tagung sind verschiedene öffentliche Anlässe vorgesehen. So findet am Samstagabend, 7. Mai um 19.30 Uhr, in der Offenen Kirche Elisabethen ein Expertengespräch zwischen Ernst Ulrich von Weizsäcker («Faktor 4»), Mathis Wackernagel («Der ökologische Fussabdruck») und Maya Graf (Nationalrätin der Grünen BS) statt.

Weitere Informationen: www.ecen.org und www.oeku.ch

Schwerpunkte des Instituts für Theologie und Ethik ITE

Von Abendmahl bis Zins

Sechs Schwerpunktbereiche bilden das Profil des Instituts für Theologie und Ethik ITE des SEK. Seit dem 1. Dezember 2004 erarbeitet das zur Hälfte erneuerte Team mit Freude und Energie Studien und Stellungnahmen für den Rat SEK und die Mitgliedkirchen.

Christoph Stückelberger

Das Institut für Theologie und Ethik ITE löste das 1971 gegründete Institut für Sozialethik ISE ab. Es integriert die bisherige theologische Abteilung des SEK und das ISE neu in der gemeinsamen Abteilung ITE. Sechs längerfristige Schwerpunkte wurden festgelegt:

1. Theologische Grundfragen (Bsp. Abendmahl und Taufe)
2. Ekklesiologie (Kirchenverständnis und Formen)
3. Ethik des Lebens (Bsp. Bio- und Umweltethik)
4. Ethik der Gemeinschaft (Bsp. Sozialstaat)
5. Wirtschaftsethik
6. Politische Ethik

Für das Arbeitsprogramm 2005 sind sechs grössere Projekte in Bearbeitung: Im *Projekt Grundwerte* werden zehn Grundwerte inhaltlich entfaltet, um damit eine kohärente ethische Referenzgrösse für Stellungnahmen und einzelne Sachfragen zu erhalten. Sie soll als Publikation auch Mitgliedkirchen, Werken und der Öffentlichkeit dienen. Im *Projekt Methoden* werden die methodischen Schritte einer kirchlichen Ethik des ITE reflektiert. Das *Projekt Ekklesiologie* schält die ekklesiologischen Konzepte in den Verfassungen der Kirchenordnungen der Mitgliedkirchen des SEK heraus und prüft auf dieser Basis Modelle von Kirchengemeinschaft für den schweizerischen Protestantismus. Das *Projekt Zukunft Sozialstaat Schweiz* reflektiert aus ethischer Sicht die Grundspannung von Eigenverantwortung und sozialstaatlicher Solidarität besonders an den zwei Bereichen Gesundheits- und Familienpolitik. Das *Projekt Wirtschaftliche Globalisierung* nimmt die Herausforderungen der Generalversammlung des Reformierten Weltbundes in Accra 2004 auf: Ein Positionspapier zur wirtschaftlichen Globalisierung sowie vier Konkretionen (von der aktuellen Uno-Reform bis zur Zinspolitik ethischer Geldanlagen der Kirchgemeinden) sollen erarbeitet werden. Im *Projekt Publikationen* wird das Konzept für die verschiedenen Veröffentlichungen von ITE/SEK erarbeitet.

Zusammenarbeit

Zahlreiche unbefristete oder befristete Dossiers gehören ebenfalls zum Aufgabenbereich des ITE: Die Broschüren zu Abendmahl und Wiedertaufe, die Bekenntnisfrage, die Vorbereitung und Durchführung des Open Forum in Davos im Januar, Vernehmlassungen wie zur CO₂-Abgabe (verabschiedet) oder Folterkonvention (folgt). Eine ausführliche Stellungnahme zur Abstimmung über die Registrierung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften wurde für den Rat erarbeitet und den Mitgliedkirchen bereits zugestellt (vgl. S. 14). Stellungnahmen zu Schengen und zur Personenfreizügigkeit mit Abstimmungen im Juni respektive September sind in Vorbereitung. Als Querschnittsthemen figurieren Menschenrechte, Gender und Umweltfragen.

All diese Tätigkeiten des ITE dienen zur Umsetzung der Ziele und Strategien des Rates des SEK. Sie richten sich an die Politik und breite Öffentlichkeit sowie an die Mitgliedkirchen und Kirchgemeinden. Dabei ist dem ITE die Zusammenarbeit mit den entsprechenden Fachstellen der Mitgliedkirchen, mit den theologischen Fakultäten, mit den evangelischen und katholischen Werken und Missionen sowie den internationalen ökumenischen Partnern wichtig.

Geht!

Übrigens: Das Kürzel ITE für «Institut für Theologie und Ethik» – es lautet deutsch, französisch, italienisch und englisch gleich – ist Name und Programm, denn «ite» heisst lateinisch «geht!» Dies erinnert an den Missionsbefehl «Gehet nun zu allen Völkern und macht die Menschen zu meinen Jüngern ... und lehret sie alles zu befolgen, was ich euch aufgetragen habe» (Mt. 28, 19f). Verkündet und tut. Auch hier sind Theologie und Ethik verbunden.

Christoph Stückelberger ist Leiter ITE des SEK.

en



Foto: refbild/Pfander

Das ITE-Team

- 1| **Prof. Dr. Christoph Stückelberger**
 Leiter ITE, 100%, seit Dezember 2004
 Doktorat in Friedensethik/Ekklesiologie, Habilitation in Umweltethik, a. o. Professor für Dogmatik/Ethik an der Universität Basel, Pfarrer, Schwerpunkte im ITE: Leitung und Wirtschaftsethik
- 2| **Dr. Hella Hoppe**
 Wissenschaftliche Mitarbeiterin ITE, 100%, seit Januar 2005
 Doktorat in feministischer Ökonomie, Schwerpunkte im ITE: sozialwissenschaftlich-empirische Grundlagen der verschiedenen ITE-Schwerpunkte, Wirtschaftsethik
- 3| **Dr. Frank Mathwig**
 Wissenschaftlicher Mitarbeiter ITE, 90%, seit Januar 2005
 Doktorat zur Methodik angewandter Ethik in Technologiefragen, Schwerpunkte im ITE: Bioethik, Sozialstaat, Grundlagen der Ethik
- 4| **Dipl. theol. Céline Ehrwein**
 Wissenschaftliche Mitarbeiterin ITE, 60%, bisher Doktorat in theologischer Ethik in Vorbereitung, Schwerpunkte im ITE: Politische Ethik, Umweltethik, Bioethik
- 5| **Dr. Beat Huwyler**
 Wissenschaftlicher Mitarbeiter ITE, 50%, bisher Doktorat in Altem Testament, Pfarrer, Schwerpunkte im ITE: Theologische Fragen, Ekklesiologie, Liturgie
- 6| **PD Dr. Martin Sallmann**
 Wissenschaftlicher Mitarbeiter ITE, 50%, bisher Doktorat in Kirchengeschichte, Habilitation zu Reformation und Konfessionalisierung, Pfarrer, Schwerpunkte im ITE: Theologische Fragen, Ekklesiologie, Konfessionen
- 7| **Julia Müller-Klemm**
 seit Februar 2005, befristet
 Doktorandin Altes Testament, Bibliothek
- 8| **Brigitte Wegmüller**
 Administrative Assistentin des Leiters, Leiterin des Sekretariats ITE 90%, seit Dezember 2004
 Sekretariatsausbildung

Vorbereitungstagung zur Weltmissionskonferenz des ÖRK

«Komm, Heiliger Geist, heile und versöhne!» Unter diesem Thema findet im Mai in Athen die nächste Weltmissionskonferenz des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) statt, an der vier Delegierte aus der Schweiz teilnehmen werden. Zur Reflexion darüber, was diese an Impulsen und Anliegen nach Athen mitnehmen sollen, führten der Schweizerische Evangelische Missionsrat (SEMR) und der SEK Anfang Februar gemeinsam eine Vorbereitungstagung im Bildungszentrum 21, Basel, durch.

Cornelia Schnabel

«Eine der Mission verpflichtete und evangelisierende Kirche sein»: Unter verschiedenen Gesichtspunkten erläuterten die eingeladenen Referentinnen und Referenten, was es für die Kirchen im europäischen Kontext bedeutet, Mission als *missio dei* ernst zu nehmen.

Dass Mission, verstanden als einseitige Bewegung vom nördlichen «Geber» zum südlichen «Nehmer», in post-kolonialen Beziehungen nicht mehr haltbar ist, brachte am eindringlichsten Dr. Hélène Yinda, feministische Theologin aus Kamerun und Genf, Direktorin YWCA Afrika und Mittlerer Osten, zum Ausdruck, die auch durchaus kritisch von Europa als Missionsgebiet sprach. Die Frage stellt sich: Wie können wir eine solche Stimme richtig hören, damit die gegenseitige Bereicherung auf geistlicher und theologischer Ebene im Austausch etwa zwischen afrikanischen und europäischen Kirchen noch konkreter und erlebbarer wird?

missio dei

Wo heute Möglichkeiten und Unmöglichkeiten einer Mission der Gemeinde im interkulturellen und interreligiösen Umfeld in Europa liegen, erläuterte Prof. Dr. Ralph Kunz, Professor für praktische Theologie, Universität Zürich. Er zeigte die gegenseitige Abhängigkeit von Gemeindeaufbau und Missionstheologie auf und betonte die Notwendigkeit, die *missio dei* zum Thema für den Gemeindeaufbau zu machen. Den potenziellen Gefahren im interkulturellen Kontakt kann begegnet werden, denn «durch die Mission werden Gemeinden nicht besserwisserisch oder aufgeblasen oder sicherer, sie werden Herbergen, in denen Christus der Heiland, Gastgeber ist. Mission ist nicht die Überwindung des Anderen, sondern die Überwindung der Grenzen, die mich vom Christus im Anderen trennen.»

Pfr. Walter Lüssi, Präsident von mission 21 – evangelisches missionswerk basel, berichtete, was die Lehrgesprächsgruppe der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen (GEKE) zur Mission in Europa erarbeitet hatte. Sie konzentrierte sich auf jenen Aspekt der Mission, der für die europäischen Kirchen die grösste Herausforderung darstelle: die Evangelisation oder Evangelisierung. «Darunter versteht sie einen

Lebensprozess der ganzen Kirche in Wort und Tat, einer Kirche, die Menschen den Freiheitsraum des Evangeliums aufschliesst, indem ihnen die Begegnung mit dem in Jesus Christus Mensch gewordenen Gott ermöglicht wird.»

Verstärkter Austausch

Wenn die Delegierten aus der Schweiz, Pfrn. Claire-Antoinette Steiner (DM – échange et mission), Madeleine Strub (mission 21 – evangelisches missionswerk basel), Pfrn. Magdalena Zimmermann (mission 21) und Pfr. Martin Hoegger (Ökumenebeauftragter der Église Évangélique Réformée du canton de Vaud), in Athen gemeinsam mit rund 400 Delegierten aus allen Kontinenten über einen ganzheitlichen Missionsauftrag nachdenken, werden sie dabei unter anderem betonen, was in den Gruppendiskussionen des Vorbereitungstages zum Ausdruck kam: Dass Mission zutiefst zum Wesen der Gesandten, der gesamten Kirche gehört und dass ein verstärkter Austausch zwischen verschiedenen Missionstheologien von Bewegungen oder Institutionen fruchtbar sein könnte.

Erstmals sind nicht nur ÖRK-Mitgliedkirchen, sondern auch die römisch-katholische Kirche sowie Pfingstgemeinschaften und evangelikale Kirchen und Organisationen zur Konferenz eingeladen. Diese Zusammensetzung und das Motto der Konferenz stellen eine grosse Chance dar. Wir dürfen erwarten und hoffen, dass durch gemeinsam Erlebtes die Delegierten Ermutigung und konkrete Hilfestellungen in unsere Kirchen und Werke zurück bringen, die uns ermöglichen, unseren gemeinsamen Auftrag zum christlichen Zeugnis und unsere Berufung, versöhnende und heilende Gemeinschaften zu sein, noch vermehrt gemeinsam wahrzunehmen.

Lic. phil. Cornelia Schnabel ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Aussenbeziehungen des SEK.

Die Vorträge der Vorbereitungstagung können heruntergeladen werden unter www.sek-feps.ch. Informationen zur Weltmissionskonferenz unter www.mission2005.org

Charta oecumenica unterzeichnet – und **jetzt?**

Die Charta Oecumenica ist am Sonntag, 23. Januar 2005, in St. Ursanne feierlich unterzeichnet worden. Die Mitgliedkirchen der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in der Schweiz AGCK-CH setzten damit keinen Schlusspunkt unter einen Text, sondern einen Doppelpunkt auf dem ökumenischen Weg. Und wie geht es weiter?

Georg Schubert

Und jetzt? Ich wurde schon am Montag nach der Unterzeichnung gefragt: Und jetzt, was ändert das? Trotz Doppelpunkt und dem Willen, auf dem ökumenischen Weg gemeinsam weiterzugehen, stellt sich die Frage: Wie soll das nun konkret geschehen? Was tut die AGCK, was tun die Mitgliedskirchen, um das wahr zu machen, dass sie eigentlich gemeinsam handeln und nicht alleine? Ich möchte Ihnen gerne vier Pisten aufzeigen, auf denen die AGCK die Arbeit an der Charta weiterführt.

1. Konkrete Beispiele

Wir suchen konkrete Beispiele, die aufzeigen, wo und wie die Charta konkret umgesetzt werden kann. Kernstück der Charta sind die zwölf Themen, in denen gemeinsames Handeln möglich ist und angeregt werden soll. Zu allen zwölf Themen suchen wir aus Gemeinden und Kirchen Ideen, wie das schon umgesetzt wurde. So haben die drei Landeskirchen des Kantons Luzern an Pfingsten 2004 die Charta unterzeichnet. Sie sind also der AGCK zugekommen und haben schon ein Zeichen für gemeinsame Wege gesetzt. Sie haben zur Unterzeichnung ein Projektheft herausgebracht mit Beispielen. In ihrer Broschüre nennen sie zum Thema: «*Wir verpflichten uns, füreinander und für die christliche Einheit zu beten.*»

- Dass es auf kantonaler Ebene eine Ökumenische Synode gibt,
- dass die Kirchen einen gemeinsamen Bettagsaufruf erlassen und
- dass sie den Weltgebetstag oder die Gebetswoche für die Einheit der Christen in ihren Pfarreien und Gemeinden propagieren.

Wir haben schon eine Reihe von Projekten und Aktionen erhalten. Sie werden laufend aufbereitet und im Internet (www.agck.ch) vorgestellt.

Das Ziel ist es, Gemeindeverantwortlichen, Priestern, Pfarrern und Pfarrern Ideen zu geben, wie die Charta konkret werden könnte. Denn nur wo gemeinsame Projekte und Aktionen der Charta «Fleisch und Blut» geben, wird sie uns ermutigen weitere Schritte zu tun. Die AGCK ist Ihnen also sehr dankbar, wenn Sie uns Ihre Beispiele, Hoffnungen und Enttäuschungen berichten.

2. Auszeichnen von neuen Ideen:

Das Präsidium der AGCK hat sich an der letzten Sitzung mit der Idee eines Ökumene-Labels befasst. Könnte nicht ein Label kreiert werden (wie die Bio-Knospe), das gute, wegweisende ökumenische Projekte auszeichnet? Vielmehr als eine Idee haben wir noch nicht. Auch dieses Projekt aber soll ermutigen, gemeinsame, respektvolle Schritte zu tun.

3. Als Arbeitsgemeinschaft gemeinsame Projekte durchführen:

Vor bald zehn Jahren fand in Delémont eine Tagung der AGCK statt zum Thema: «Den Glauben weitergeben». Nun möchte die AGCK dieses Thema wieder aufgreifen. Denn es bleibt das zentrale Anliegen der Kirchen, Menschen auf die gute Nachricht hinzuweisen. Wie kann das heute geschehen? Wie kommt es, dass Trendforscher wie Matthias Horx einen Megatrend Spiritualität ausmachen, die Kirchen davon aber kaum profitieren? Wie sagen wir die Botschaft der Kirchen so an, dass die vielen, die sich zwar noch als Christen bezeichnen, aber am kirchlichen Leben überhaupt nicht mehr teilnehmen, angesprochen sind? Im Rahmen der Projekte der Kirchen an der Expo.02 wurde mir deutlich, wie entscheidend für viele Besucher die Tatsache war, dass 14 Kirchen und kirchliche Organisationen gemeinsam aufgetreten sind.

Es steckt offenbar eine grosse Überzeugungskraft und ein wichtiges Zeugnis im gemeinsamen Auftreten der Kirchen. Gemeinsame Projekte fördern das gemeinsame Auftreten und helfen den Mitgliedskirchen, sich besser kennen zu lernen.

4. Mitgliedskirchen der AGCK-CH

Zehn Mitgliedskirchen zählt die AGCK heute. Dabei fehlt eine ganze Reihe von Kirchen, die in der Schweiz vertreten sind. Der Verein «Schweizer Kirchen an der Expo.02» hatte vierzehn Mitglieder. Es ist eine Aufgabe der AGCK und ihres Sekretärs, mit den andern Kirchen und kirchlichen Organisationen das Gespräch zu suchen und Wege zu finden, damit möglichst viele christliche Kirchen an der Arbeitsgemeinschaft beteiligt sind. Auch da wird die Charta oecumenica ganz konkret.

Europäische Diakonie m



Foto: refbild/Aläbiso

«Liebe macht blind.» Nächstenliebe, Handeln im Dienste der Bedürftigen hingegen sollte mit offenen Augen und wachem Verstand geschehen. Damit sich in den europäischen Kirchen das Bewusstsein ihres diakonischen Auftrages festigt, ist eine grundlegende Reflexion über Ursprung und Ziel der Diakonie nötig. Diese Grundüberzeugung hat das europäische Netzwerk Eurodiaconia jüngst mit einem Grundsatzpapier zum Ausdruck gebracht.

Martina Schmidt

An der Generalversammlung von Eurodiaconia vom Juni 2004 in Révfülöp (Ungarn) diskutierten die Teilnehmenden über Wesen und Auftrag der Diakonie. Unter dem Titel «Sein und Handeln. Diakonie und die Kirchen» stellte die theologische Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern aus Belgien, Deutschland, Italien, den Niederlanden und Schweden, das Ergebnis eines zweijährigen Konsultations- und Reflektionsprozesses vor. Bei dem 60 Seiten umfassenden Text handelt es sich um ein «living document», das in den Mitgliedorganisation von Eurodiaconia einen lebendigen Diskussionsprozess auslösen sollte:

- Gibt es ein gemeinsames Verständnis von Diakonie im geeinten und zusammenwachsenden Europa?
- Und wenn ja, wie können die Kirchen ihre Vision von einer europäischen Gesellschaft, die sich auf Grundwerte wie Gerechtigkeit, ungeteilte Würde, Solidarität und gegenseitige Fürsorgepflicht stützt, wirksam verkünden?

So lautete schliesslich die Grundmotivation, die hinter dem gesamten Prozess steht. Die folgende Zusammenfassung der inhaltlichen Höhepunkte versteht sich als ein Beitrag, die Diskussion in den schweizerischen protestantischen Kirchen und Werken anzuregen. Sie soll ein Anstoss sein, damit Diakonie noch mehr als schon jetzt von sich reden macht.

Dienen im Sinne der Nachhaltigkeit

Bereits zu Beginn war der SEK am Entstehensprozess des Dokuments beteiligt. Gleich eingangs nimmt es Bezug auf ein Ende der 90er-Jahre im Schweizer Protestantismus diskutiertes grundlegendes Verständnis von Diakonie: «Der Christus diakonos, der dienende Christus, ist theologisch die Grundlage für das Handeln der Nachfolgerinnen und Nachfolger Christi und der Kirche (Mk 10, 42–45). In der heutigen Realität einer hochorganisierten Gesellschaft umfasst dieses Handeln sowohl den unmittelbaren Dienst am/an der Nächsten, als auch politisches Handeln in Staat und Gesellschaft.» (SEK, Diakonie-Zukunft unserer Kirche. Eine Grundsatzdiskussion im Anschluss an die «Bratislava-Erklärung», Bern, April 1997, Seite 7)

acht von sich reden

Damit ist eine Ausgangsbasis geschaffen, Diakonie nicht nur als unmittelbare Nothilfe zu verstehen. Sie ist auch nachhaltiges Handeln im Sinne politischer Einflussnahme zur Abschaffung Unrecht fördernder Strukturen und zur Bewahrung von Solidarität und Mitmenschlichkeit. Schon damals verständigte sich die Abgeordnetenversammlung des SEK darüber, dass die Diakonie ein wesentlicher Bestandteil des kirchlichen Lebens sei. Sie forderte die Mitgliedkirchen des SEK auf, die Verankerung der Diakonie im Gesamtauftrag der Kirche in ihren Rechtstexten und Kirchenordnungen in Zukunft besser zum Ausdruck zu bringen.

Frühzeitige Wächterin

Diakonie gehört zum Wesen der Kirche. Sie gehört zum Sein der Kirche. Diakonie darf demnach nicht als ein untergeordneter Dienst neben dem Gottesdienst und der Wortverkündigung verstanden werden. Gott ist der Herr in Wort und Tat. Predigt, gottesdienstliches Feiern und die Liebe Gottes im Leben der Menschen Realität werden zu lassen, gehören untrennbar zum Gesamtauftrag der Kirche. Wenn Kirche neben dem sonntäglichen Gottesdienstangebot nicht auch in gleichem Masse diakonische Kirche ist, dann nimmt sie ihre eigene Identität nicht ernst genug.

Grundlegend ist die theologische Verankerung der Diakonie in der Gestalt des dreieinigen Gottes. Die Gemeinschaft zwischen Vater, Sohn und heiligem Geist gilt als soziale Beziehung, die durch das Band der Liebe und der Freiheit zusammengehalten wird. Wer glaubt, hat Anteil an dieser Gemeinschaft, die vom Teilen der Liebe und der Freiheit nach innen und nach aussen hin lebt. Aus dieser Liebe heraus schuf der dreieinige Gott den Menschen nach seinem Ebenbild. Die Schöpfungsanthropologie verleiht dem Menschen seine Würde, die es gegenüber aller Selbstsucht und Habgier zu schützen und zu bewahren gilt. Diakonisch Tätige, gleichwohl selbst Empfangende der göttlichen Liebe, sind Botinnen und Boten der Liebe Gottes. Dem Beispiel Jesus Christi folgend und geleitet durch die Kraft des Geistes, sehen sie ihre Aufgabe darin, bedrückten Menschen neue Lebensmöglichkeiten zu eröffnen und der geknechteten Schöpfung Linderung zu verschaffen. Die vorrangige «Option für die Armen» ist eines der leitenden Prinzipien der diakonischen Arbeit.

Ausgehend von der Sozialkritik der Propheten des Alten Testaments, setzt sich die «prophetische Diakonie» ein für den anhaltenden Kampf gegen jede Form von Unterdrückung und Aushöhlung des Sozialstaates. Sie macht sich zum Sprachrohr der gesellschaftlich Benachteiligten und Bedürftigen. Anstatt einander in Liebe verbunden zu sein, trennen Eifersucht und Egoismus die Menschen und führen zu Ausgrenzung und neuer Armut. Viele Übel der gegenwärtigen Gesellschaftsentwicklung haben menschliche Ursachen, die durch gemeinsames und entschlossenes Engagement der Zivilgesellschaft, zu der auch die Kirchen gehören, behoben werden können. «Die Diakonie und die kirchliche Arbeit

zur Befreiung der Unterdrückten sind Handlungsformen in dem Glauben, dass Armut, Arbeitslosigkeit und Isolierung nicht unveränderbare Schicksale sind» (Seite 23), heisst es in dem Dokument. Die prophetische Diakonie ist eine frühzeitige Wächterin der Kirchen gegenüber gesellschaftlichen Entwicklungen, die die Menschenwürde beeinträchtigen und die Solidarität behindern.

Herz der Kirche

Leiturgia und Diaconia gehören untrennbar zusammen: Diakonie hat ihren Platz zwischen dem Ritus und dem Handeln ausserhalb der Kirchenmauern, sozusagen als Verlängerung des Gottesdienstes in das Alltagsleben hinein. Als zornige und fordernde Prophetin wird sie wie damals in dieser Rolle nicht immer gerne gesehen. Diakonische Arbeit geschieht allzu oft in einer Diasporasituation, ohne erkennbare Verbindung zum übrigen kirchlichen Leben, obwohl sie als Liebesprophetin das «Herz der Kirche» (Seite 30) sein sollte.

«Sein und Handeln» stützt sich auf die Erklärung von Bratislava zu einer Vision von Diakonie in Europa (1994) und der Charta Oecumenica (2001), die im Januar dieses Jahres von den drei schweizerischen christlichen Kirchen unterzeichnet worden ist. Beides sind Meilensteine zum gemeinsamen Verständnis der sozialen Verantwortung der Kirchen in Europa. Die Tatsache, dass den Kirchen eine entscheidende Rolle beim Aufbau einer solidarischen und gerechten Gesellschaft zukommt, scheint ausser Zweifel zu stehen. Wie sie diese Rolle im Einzelnen wahrnehmen können, dazu gibt «Sein und Handeln» ermutigende Impulse: Es geht darum, gemeinsam mit den Betroffenen, aktiv, kreativ und diakonisch am Aufbau einer solidarischen Gemeinschaft zu arbeiten (Seite 23). Weil Gottes Liebe vorausging, ist dies möglich.

Martina Schmidt ist Beauftragte für Diakonie und soziale Fragen im SEK.

Stichwort Eurodiaconia

- Eurodiaconia ist ein europäisches Netzwerk für Diakonie, in dem Kirchen, Wohlfahrtsorganisationen und kirchennahe NGOs zusammengeschlossen sind. Der SEK sowie der Diakonieverband Schweiz sind Gründungsmitglieder von Eurodiaconia.
- Das Dokument «Sein und Handeln. Diakonie und die Kirchen» ist auf Englisch und Deutsch verfügbar und kann auf den Internetseiten des SEK (www.sek-feps.ch) und von Eurodiaconia (www.eurodiaconia.org) abgerufen werden. Mittels einer Internetplattform sind die Mitglieder eingeladen, ihre Kommentare und Diskussionsergebnisse aus den regionalen Plattformen mitzuteilen.

SCH

«Trauer und Hoffnung



Die Flutkatastrophe in Südostasien hat auch in unserem Land Bestürzung und Trauer ausgelöst. Der SEK organisierte zusammen mit den andern Landeskirchen am 5. Januar im Berner Münster eine nationale Trauerfeier. Markus Sahli, Leiter Innenbeziehungen, koordinierte die Planung.

Bulletin: Markus Sahli, wie entstand die Idee einer nationalen Trauerfeier?

Markus Sahli: Die Meldungen überstürzten sich, das Ausmass der Katastrophe war mehr und mehr zu erahnen – auch dass Schweizerinnen und Schweizer betroffen sind. Wir erachten es als eine Aufgabe der Kirche, in einer solchen Situation den Menschen die Möglichkeit zu geben, ihre Trauer zum Ausdruck zu bringen und einander in der Hoffnung zu bestärken. Im Kontakt mit der Landesregierung wurde schnell klar, dass der Bundesrat die Einladung zu einer nationalen Trauerfeier begrüssen würde. Fernsehen und Radio entschieden, die Feier live zu übertragen. Die Kirchgemeinden und Pfarreien wurden eingeladen, am nationalen Gedenktag über Mittag die Glocken läuten zu lassen.

Bundesräte, Parlamentarierinnen, Diplomaten, Frauen und Männer der Kirchen und der Weltreligionen: Wie wurde dieser Grossanlass organisiert?

Am 29. Dezember wurde eine Projektgruppe mit den folgenden Mitgliedern gegründet: Thomas Wipf, Ratspräsident

SEK; Martin Peier von den Reformierten Medien; Georg Schubert als Sekretär der AGCK; Hartmut Haas als Leiter des Hauses der Religionen in Bern und Simon Weber, Leiter Kommunikation SEK. Die Projektgruppe erstellte das Konzept der christlich-ökumenischen Trauerfeier mit Einbezug der Religionen der betroffenen Länder: Muslime, Buddhisten, Hindus und Juden. Die Bundeskanzlei übernahm die Einladung des diplomatischen Korps und der Kantonsregierungen und gab Unterstützung in Protokollfragen.

Welches waren die grössten Schwierigkeiten?

Schwierigkeiten gab es eigentlich keine, wenn man davon absieht, dass die Trauerfeier während der Festtage organisiert werden musste. Wir haben auch spontane Unterstützung erlebt: z. B. durch die Verantwortlichen für das Berner Münster, den Organisten Heinz Balli, die Musizierenden Bernita Bush und Pudi Lehmann. Die Römisch-katholische und Christkatholische Kirche haben uns viel Vertrauen und Spielraum in der Vorbereitung gegeben. Die ökumenische Zusammenarbeit war sehr gut. Sensibel war der Einbe-

Ausdruck geben»

Fotos: refbild/Pfander



zug der anderen Religionen: Wir wollten eine erkennbar christliche Trauerfeier, Die anderen Religionen sollten aber nicht nur eine Statistenrolle haben, sondern Raum für den Ausdruck der Trauer und Hoffnung gemäss ihrer Tradition erhalten.

Die Trauerfeier wurde von der überwiegenden Mehrheit sehr geschätzt, und die Reaktionen fielen entsprechend positiv aus. Dennoch wurde auch Kritik laut, dass die Trauerfeier keine «richtige christliche Feier» war, weil sich auch Angehörige anderer Religionen äusserten. Was sagen Sie dazu?

Diese Kritik habe ich persönlich nicht gehört. Aber es mag sein, dass es einzelne Stimmen in dieser Richtung gab. Es ging in dieser Feier darum, der Trauer aller Menschen aus den verschiedenen Religionen Raum zu geben. Sie hatte ein klar christliches Profil und respektierte die religiöse Tradition der Mitfeiernden. Für mich hat sich wieder einmal gezeigt: Das ist die Stärke der Landeskirchen. Eine solche Trauerfeier anzubieten, sind nur sie in der Lage. Die Landes-

kirchen verlieren mit ihrer Offenheit nichts an christlicher Glaubwürdigkeit, im Gegenteil.

Was ist Ihr Wunsch – jetzt, Wochen nach der Flutkatastrophe?

Ich denke oft an die Menschen, deren Leben durch den Verlust eines Mitmenschen im neuen Jahr ganz plötzlich anders verläuft. Mitten in den Festtagen eine solche Katastrophe, da fehlen einem die Worte. Ich wünsche mir deshalb, dass die Betroffenen in der Trauer einen Weg finden und für sich wieder eine Perspektive entwickeln können. Ich hoffe auch, dass Gott ihnen dabei hilft und dass sie diese Hilfe irgendwie spüren.

bas



Der Liebe Raum geben

Ich befürworte das «Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare». Die Registrierung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften ermöglicht zwei Personen gleichen Geschlechts, die eine dauerhafte Lebensgemeinschaft eingehen wollen, ihre Beziehung erbrechtlich, sozialversicherungs- und steuerrechtlich abzusichern. Das steht nicht im Widerspruch zu meinem Glauben an die Ehe und zu meiner Überzeugung, dass der Stellenwert von Ehe und Familie durch steuerrechtliche, sozial- und familienpolitische Massnahmen gestärkt werden soll und nicht durch Verurteilung anderer Lebensformen. Die Wertigkeit der Ehe wird durch dieses Gesetz nicht herabgemindert.

Es ist mir wichtig, dass zwei gleichgeschlechtliche Menschen, die sich in Liebe verbunden fühlen, eine registrierte Partnerschaft eingehen können, gegenseitige Verantwortung, Achtung und Fürsorge mit allen Rechten und Pflichten wahrnehmen und diese Partnerschaft sichtbar und ohne Ausgrenzung leben dürfen. In meinem christlichen Verständnis spricht gegen dieses Bedürfnis kein biblisch oder theologisch begründetes Argument. Gleichgeschlechtliche Paare haben ein Recht auf ein Leben in partnerschaftlicher Verbindlichkeit und auf die damit verbundene Rechtssicherheit, wenn sie sich dazu gegenseitig verpflichten wollen. Wir sollten der Liebe mehr Raum geben – deiner und meiner –, ihren Kräften vertrauen und sie schützen, wo sie des Schutzes bedarf. Dann bleibt Glaube, Hoffnung, Liebe, diese drei.

Silvia Pfeiffer, Mitglied des Rates SEK

Vergleiche Seiten 14 bis 18

Aus dem

- ▶ wählt als Vizepräsidentinnen des Rates SEK für den Rest der Amtsdauer 2003–2006
 - Frau Dr. Silvia Pfeiffer
 - Frau Irène Reday
- ▶ nimmt Kenntnis vom Rücktritt des Präsidenten des Stiftungsrates der Stiftung Brot für alle (BFA), Nationalrat Heiner Studer, auf Mitte 2005.
- ▶ wählt als Mitglieder der Kommission Kirche+Mission Pfarrerin Kristin Rossier Buri und Dr. Paul Schneider und als Präsidentin der Kommission K. Rossier Buri.
- ▶ nimmt die Beschlüsse der Abgeordnetenversammlung vom 8./9. November 2004 zur Kenntnis und beauftragt
 - die Abteilung Aussenbeziehungen mit der Beantwortung des Postulats der Evangelisch-reformierten Landeskirche des Kantons Zürich betreffend Grundsatzfragen der Ökumene.
 - die Abteilung ITE (Institut für Theologie und Ethik) mit der Fertigstellung der Texte «Das Abendmahl in evangelischer Perspektive, Überlegungen und Empfehlungen des Rates» und «Zur Frage der Wiedertaufe, Überlegungen und Empfehlungen des Rates» und dem Versand an die Mitgliedkirchen.
 - den Leiter Geschäftsstelle mit der Planung der «Nachführung der Verfassung unter besonderer Berücksichtigung der Reorganisation von 1999».
 - die Abteilung Innenbeziehungen, zu überprüfen, ob für die Seelsorge in den Empfangsstellen des Bundes für Asylbewerber weiterhin CHF 220 000.– aufgewendet werden müssen.
 - eine Arbeitsgruppe mit der Planung von Gesprächen mit den Mitgliedkirchen über die zukünftige Aufgaben- und Finanzpolitik des SEK.
 - die Abteilung Aussenbeziehungen mit den Vorbereitungen zur Unterzeichnung der Rahmenvereinbarung und der Leistungs-

Rat

Sitzungen Dezember 2004 bis Februar 2005

- verträge mit den Missionsorganisationen.
- ▶ nimmt Kenntnis von der provisorischen Traktandenliste der Abgeordnetenversammlung, die vom 19. – 21. Juni 2005 in Einsiedeln tagen wird. Die Abgeordnetenversammlung wird erstmals seit der Neugestaltung der Beziehungen Jahresbericht und Jahresrechnung der Stiftungen HEKS und BFA im Rahmen des SEK behandeln. Er will der Abgeordnetenversammlung auch einen Evaluationsbericht über die Mitträgerschaft des SEK im Open Forum Davos unterbreiten.
 - ▶ nimmt das Arbeitsprogramm der Geschäftsstelle zur Kenntnis und beauftragt den Leiter Geschäftsstelle, zusammen mit dem Leitungsteam ein Konzept zur Umsetzung der Ziele und Strategien im Arbeitsprogramm der Geschäftsstelle auszuarbeiten.
 - ▶ nimmt Kenntnis von der Evaluation des Christustages 04. Er beschliesst, dass er auch beim nächsten Christustag – favorisiert wird 2009 – wieder in der Trägerschaft vertreten sein will.
 - ▶ will den begonnenen Dialog mit der Konferenz der Mennonitengemeinden in der Schweiz fortsetzen.
 - ▶ beteiligt sich am Projekt «Der Wert des Sonntags. Ein ökumenischer Beitrag der Kirchen zur aktuellen Diskussion». Am Projekt beteiligt ist auch die Schweizer Bischofskonferenz. Es versteht sich als ein Folgeprojekt des Wortes der Kirchen (Ökumenische Konsultation zur sozialen und wirtschaftlichen Zukunft der Schweiz).
 - ▶ nimmt den Auswertungsbericht zur Umfrage bei den Mitgliedkirchen über die Auswirkungen des Sozialhilfestopps bei Nichteintretensentscheiden auf Asylgesuche zur Kenntnis. Er dankt den Mitgliedkirchen und ihren Beauftragten für die Unterstützung bei der Untersuchung. Er beauftragt die Abteilung Innenbeziehungen, den Mitgliedkirchen den Bericht zukommen zu lassen.
 - ▶ will auch nach dem Ausscheiden von G.W. Locher aus der Geschäftsstelle seine Beziehungen zum Reformierten Weltbund bis auf weiteres über ihn – in seiner Funktion als einer der Vizepräsidenten des RWB und Präsident des Reformierten Weltbundes Europa – wahrnehmen. Es soll eine entsprechende Vereinbarung abgeschlossen werden.
 - ▶ stimmt der Planung einer gemeinsamen Tagung mit der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und dem Südafrikanischen Kirchenrat (SACC) zu den vom SEK veranlasseten Studien zu Südafrika zu.
 - ▶ wird im Herbst 2005 eine Studienreise zu den europäischen und ökumenischen Institutionen in Strassburg und Brüssel unternehmen. Er will die Arbeit dieser Behörden vor Ort kennen lernen und ihnen die Anliegen des SEK an die Konferenz Europäischer Kirchen und die Gemeinschaft evangelischer Kirchen in Europa kommunizieren.
 - ▶ nimmt den Jahresbericht der Kommission für die Schweizer Kirchen im Ausland (CHKiA) zur Kenntnis.
 - ▶ nimmt Kenntnis vom Projekt «Grundwerte» der Abteilung ITE (Institut für Theologie und Ethik), das in einer ersten Arbeitsphase des Instituts als Grundlagenarbeit für spätere Themenbearbeitungen dienen soll.
 - ▶ nimmt Kenntnis vom Projekt «Evangelische Kirche Schweiz» der Abteilung ITE (Institut für Theologie und Ethik) und genehmigt Projektziel und die Erwartungen an das Ergebnis. Das Projekt umfasst in einem ersten Teil eine Erhebung der ekklesiologischen Konzeptionen der Mitgliedkirchen anhand der Kirchenverfassungen, Kirchenordnungen und Leitbilder. Sie erstellt ein Sachregister zu den Kirchenverfassungen und Kirchenordnungen (mit Bezug zur Ekklesiologie). In einem zweiten Teil werden Optionen für den SEK und seine Mitgliedkirchen erarbeitet als Grundlage für einen von den Innenbeziehungen anzustossenden Konsensfindungsprozess, u. a. im Zusammenhang mit der Revision der Verfassung des SEK.
 - ▶ verabschiedet die Antwort des Rates zur Vernehmlassung zu den «Massnahmen zur Einhaltung der Reduktionsziele nach dem CO₂-Gesetz» zuhanden des Eidgenössischen Departements Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation.
 - ▶ genehmigt das Arbeitsprogramm und das Budget der Evangelisch/Jüdischen Gesprächskommission für das Jahr 2005.
 - ▶ nimmt die Stellungnahme der Evangelisch/Jüdischen Gesprächskommission zur Erklärung «Kirche und Israel» der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) zur Kenntnis und leitet sie an die GEKE weiter. Er stellt fest, dass er nach wie vor hinter dem von der GEKE an ihrer Vollversammlung in Belfast 2001 verabschiedeten Dokument steht.
 - ▶ genehmigt im Grundsatz das neue Lohnsystem der Geschäftsstelle. Er nimmt die Überlegungen der Personalkommission zur Kenntnis. Er beauftragt die Zentralen Dienste mit der Ausarbeitung der Vorlage unter Einbezug der Überlegungen der Personalkommission.
 - ▶ beschliesst per 1. Januar 2005 einen Teuerungsausgleich von 0,6%. Der gemäss Besoldungsordnung SEK für die Besoldungen 2005 massgebende Teuerungsindex wird entsprechend auf 115,98 festgelegt und die Lohntabelle entsprechend angepasst.
 - ▶ nimmt Kenntnis von der Kostenschätzung für das überarbeitete Projekt des Umbaus der Liegenschaft. Er ermächtigt die Baukommission zur Einreichung des vorliegenden Projektes bei den Baubehörden. Er erwartet nach Vorliegen der Baubewilligung, des detaillierten Kostenvoranschlages und des Finanzierungsplanes den Antrag zur Baufreigabe.

Theo Schaad, Leiter Geschäftsstelle

«Heute einen Baum pfla

Interview mit Wangari Maathai, Friedensnobelpreisträgerin 2004 und stellvertretende Ministerin für Umwelt, Ressourcen und Naturparks in Kenia. Das Interview führte Christoph Stückelberger nach dem Open Forum in Davos.

Bulletin: Welches ist Ihr Eindruck vom Open Forum?

Wangari Maathai: Es ist eine grossartige Idee, dass die Bevölkerung an diesen Debatten teilnehmen kann, denn das WEF ist eine geschlossene Veranstaltung. Die öffentliche Partizipation ist aber sehr wichtig. Die Weltprobleme, die am WEF diskutiert werden, gehen alle an. Während des Open Forums kam mir die Idee, in Afrika genau solche Open Foren durchzuführen wie hier, denn diese öffentliche Debatte der verschiedenen Akteure ist wichtig.

Was erwarten Sie von den Kirchen bezüglich dieser Fragen von wirtschaftlicher Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit?

Die Kirchen in Afrika haben sich früher teilweise nur um spirituelle Anliegen gekümmert und sich damit abseits der politischen Fragen gestellt. Das hat aber in den letzten zehn Jahren deutlich geändert. Heute sind Kirchen engagiert in der Demokratiebewegung, im Umweltschutz, in der Stärkung der Zivilgesellschaft. Sie können das spirituelle und auch das materielle Leben der Menschen verbessern helfen. Es ist nicht mehr so, dass die Kirchen wegschauen, wenn die Politiker durch Korruption ein Land schädigen. Jetzt schauen sie hin und sprechen sich dagegen aus.

Sie sagten, die Kirchen sollen sich stärker um die sechs Werktage kümmern als um den Sonntag, Gott habe ja am siebten Tag auch geruht.

(lacht) Ja, ich habe mich in den letzten Jahren sehr bemüht, die Kirchen für den Umweltschutz zu gewinnen. Armut hat seine Ursachen oft in der Verschlechterung der Umwelt durch Abholzung, Wasserverschmutzung, usw. Ich habe in Afrika vorgeschlagen, die Osterwoche als Woche der Versöhnung und Wiederherstellung der Schöpfung zu feiern. Die Heilung der Seele sollte verbunden werden mit der Heilung und Wiederherstellung der Schöpfung.

In mehr und mehr Kirchen Europas ist die erste Septemberwoche eine Woche der Schöpfung und der 1. September als Tag des Franz von Assisi ein Tag der Schöpfung.

Wunderbar! Auch in Ostafrika könnte die erste Septemberwoche eine Woche der Schöpfung sein, vor der kleinen Regenzeit Bäume zu pflanzen wäre wunderbar.

Die drei Grundwerte Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung werden ökumenisch immer wieder betont. Sie sind Umweltaktivistin, stellvertretende Umweltministerin und Friedensnobelpreisträgerin. Wie sehen Sie den Zusammenhang dieser drei Grundwerte?

Diese erinnern mich an den dreibeinigen Stuhl, der in Afrika hohe symbolische Bedeutung hat. Das eine Stuhlbein, Gerechtigkeit, entsteht aus demokratischer Regierungsführung. Bewahrung der Schöpfung bedeutet gutes Management der natürlichen Ressourcen. Das gelingt nur mit demokratischer Beteiligung der Bevölkerung. Friede ist die Voraussetzung und auch die Frucht von Gerechtigkeit und sorgfältigem Umgang mit der Schöpfung. Alle drei «Stuhlbeine» gehören zusammen. Die Kriege im Sudan oder im Nahen Osten sind auch Ausdruck von Umweltkonflikten. Friede entsteht aus der Harmonie mit der Schöpfung. Auch auf lokaler Ebene kämpfen wir in Afrika um Wasser, um Land, um Brennholz. Bäume pflanzen ist deshalb ein Beitrag zum Frieden. Diese drei Grundwerte sollten Leitplanken für WEF und Open Forum sein.

Was kann die christliche Ethik zu solcher Nachhaltigkeit beitragen?

Was den Menschen von anderen Lebewesen unterscheidet, ist, dass er Werte hat. Wenn wir unsere Werte vergessen, vor allem die spirituellen, dann vergessen wir Verantwortung und Rechenschaftspflicht gegenüber uns, den Mitmenschen und der Natur. Ohne diese Zurückbindung werden wir destruktiv.

Besonders die Umweltethik bemüht sich um diesen Respekt gegenüber der Schöpfung.

Ohne Umweltethik sehen wir die andern Lebewesen als unser Eigentum, mit dem wir machen können, was wir wollen. Nur jene Teile der Natur, die uns direkt nützen, seien schützenswert. meinen wir, machen zu können, was wir wollen und nur jene Teile der Natur, die uns direkt nützen, seien gut. Umweltethik lehrt uns, dass wir nur Teil der ganzen Schöpfung sind. Nur Gott der Schöpfer sieht das Ganze in seiner Bedeutung. Ob wir diese grösseren Zusammenhänge erkennen oder nicht, nutzen oder nicht, wir müssen sie respektieren.

nzen»



BROT
FÜR ALLE
SCHWEIZERISCHE
EVANGELISCHE
KIRCHENBUND

LE PROCHAIN
ALL

Foto: refbild/Pfander

Eine der Ursachen der Umweltzerstörung ist auch Korruption, die zum Beispiel illegales Abholzen von Wäldern ermöglicht. Für Korruptionsbekämpfung setzen sich auch Brot für alle und der Schweizerische Evangelische Kirchenbund, zwei Mitträger des Open Forum, ein. Unter anderem mit einem Programm für korruptionsfreie Schulen und Kirchen. Was sollten die Kirchen diesbezüglich tun?

Mit der Kolonialisierung wurde Geld eingeführt in einer destruktiven Weise. Auch religiöse Führer, Pfarrer kümmern sich manchmal mehr um Geld als um geistliche Führung. Die Arbeit der Pfarrer wird damit mehr zu einem Business als zu geistlicher Arbeit. Wir brauchen in den Kirchen wieder mehr die Haltung des Dienstes, der Aufopferung, des persönlichen Einsatzes. Das ist gerade in der Situation der Armut, wie wir sie hier überall erleben, wichtig.

Korruption also als Ausdruck finanzieller Gier?

Ja. Wir hatten in Kenia die Einrichtung der «Harambee», Kollektensammlungen für Kirchen, Pfarrlöhne, Spitalbauten, usw. Politiker und zum Teil Kirchenleute haben diese Art von Spendensammlungen und Kollekten für die eigene Bereicherung missbraucht. Deshalb haben einige Kirchen beschlossen, keine solchen Kollekten mehr durchzuführen; als einen Beitrag zur Korruptionsbekämpfung. Die Kirchen müssen Korruption bekämpfen und tun dies am Wirkungsvollsten, wenn sie bei sich selbst beginnen.

«Wirtschaft soll Menschen dienen» ist eine Plakataktion der Bündner Kirchen. Was können und sollen Kirchen und die Gesellschaft der Industrieländer zur Überwindung von Armut und Umweltzerstörung beitragen und wie sollen sie sich zu den Wirtschaftsunternehmen verhalten?

Die Kirchen in Afrika leisten einen sehr wichtigen Beitrag durch staatsbürgerliche Erziehung, das heisst die Bevölkerung auf ihre Menschenrechte aufmerksam zu machen. Die Kirchen waren beim friedlichen Regierungswechsel in Kenia sehr einflussreich. Diese Bildungsarbeit ist aber weiterhin nötig, denn auch die neue Regierung braucht demokratisch aktive Bürgerinnen und Bürger, um gute Regierungsführung zu verwirklichen.

Und Ihre Erwartungen gegenüber Schweizer Kirchen und Unternehmen?

Ich möchte eine Stiftung schaffen, um die Umwelt- und Aufforstungsprojekte auf andere Länder Afrikas auszudehnen. Ich hoffe, dass Unternehmen dabei helfen können. Ich möchte auch die Unterstützung der Kirchen in ihrem Einsatz für die Stärkung der Zivilgesellschaft fortführen. Auch über mein Leben hinaus soll gelten: Heute einen Baum pflanzen.



Im Berner Münster fand am 5. Januar eine nationale Trauerfeier für die Opfer und Hinterbliebenen der Tsunami-Katastrophe statt. Auch die anderen Religionen hatten dabei Raum für den Ausdruck der Trauer und Hoffnung gemäss ihren Traditionen.

Siehe Seiten 26/27